



Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 10 Pf. oder durch die Post. — Redaktion u. Verlag: O. 27, Schicklerstr. 5. Fernruf: Alexander, 3007

Nr. 33.

Berlin, den 11. November 1917.

12. Jahrgang.

An das sozialistische Proletariat Deutschlands!

Genossen, Genossinnen!

Auf dem von der Mehrheit des alten Parteivorstandes der Deutschen Sozialdemokratie nach Würzburg einberufenen Parteitag wurde in einer Resolution ausgesprochen, daß „für die kommenden schweren Kämpfe der Arbeiterschaft“ eine ungebrochene Front unbedingt notwendig sei. Es sei „eine der wichtigsten Aufgaben der Zeit“, den Parteifreien beizulegen.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat die Notwendigkeit der Einigkeit der Arbeiterbewegung nie verkannt.

Die entscheidende Waffe des Proletariats ist das Uebergewicht seiner Masse und nur in voller Geschlossenheit vermag es den höchsten Grad von Kraft einzufleiten.

Geleitet von dieser Ueberzeugung haben wir versucht, auch dann noch im Rahmen der überkommenen Parteiorganisationen weiter zu wirken, als der Weltkrieg schon bestehende Gegensätze innerhalb der Partei verschärft und vertieft. Viele Gegensätze traten in die Erscheinung, als die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes die Bewilligung der Kriegskredite gutließen. Sie taten es ohne Rücksicht auf den Ursprung des Krieges, lange Zeit, ohne auch nur nach den Kriegszielen der Regierung zu fragen. Sie haben für die Kriegszeit dem Burgfrieden zugestimmt und damit auf jede selbständige Politik des Proletariats verzichtet. Sie wichen jeder ernstlichen Kritik an der Regierung und den bürgerlichen Parteien aus, sie lehnten wiederholt unsere Forderungen ab, daß die Regierung ihre Friedensbereitschaft kundgibt und die Friedensziele unzweifelhaft formuliere. Sie traten nicht mit Entschiedenheit den Annexionspolitikern entgegen, nicht einmal denen in den eigenen Reihen, sie begünstigten eine Behandlung der Kolonialpolitik, die dem imperialistischen Eroberungsstreben Vorschub leistet. Romhastige Vorkämpfer bekundeten ihre Bereitschaft, künftighin auch im Frieden das Militärbudget zu bewilligen. Sie traten in eine Propaganda für einen mitteleuropäischen Zollbund ein, der die Fortsetzung des Krieges der Massen durch einen Wirtschaftskrieg im Frieden bedeutet.

Diese Politik mußte zur Verlängerung des Krieges beitragen, den Haß der Welt gegen das deutsche Volk vertiefen, dessen Zukunft ebenso wie die Zukunft des internationalen Proletariats, der internationalen Demokratie und damit der Zukunft der ganzen Gesellschaft aufs ärmste gefährden, das halbhundertjährige Werk der Sozialdemokratie zunichte machen.

Dagegen anzukämpfen war die höchste Pflicht jedes grundgesetzlichen Sozialdemokraten.

Wir wollten diesen Kampf im Rahmen der Gesamtorganisation führen, ebenso wie es unsere Gesinnungsgenossen in Österreich und Frankreich taten und tun, die bis heute, unter ihnen Friedrich Adler und die französischen Mienthalet, in der einheitslichen Partei zu bleiben vermochten. Sie konnten in ihr bleiben, weil ihnen die Parteiorganisation jene Bewegungsfreiheit zugestand, ohne die unter dem Kriegszustand mit seiner Einengung der Presse, des Vereins- und Versammlungsrechts, die Opposition völlig geknebelt wird.

Diese Bewegungsfreiheit wurde der Opposition in der deutschen Reichstagsfraktion nicht zugestanden. Ein Versuch der Minderheit, ihre Ueberzeugung bei einer Abstimmung in unverkennbarer Weise zu bekunden, wurde zum Anlaß genommen, sie aus der Fraktion herauszudrängen und diese zu spalten.

Bei hochgespannten Gegensätzen innerhalb einer Partei kann die Einheitslichkeit der Organisation nur aufrecht erhalten werden, wenn die Leitung die größte Unparteilichkeit gegen alle Richtungen auf das gewissenhafteste übt. In diesem Sinne haben unsere großen Führer, wie Bebel, Liebknecht, Singer, ihr Amt des Parteivorstandes geführt. So leidenschaftlich sie als Parteigenossen den Tendenzen der Parteiminderheit ihrer Zeit entgegentraten, in ihrer Amtsführung als Parteivorstand haben sie peinlich darüber gewacht, daß die Rechte der Opposition nicht verkümmert wurden.

Ganz anders verhielt sich nach Kriegsausbruch die Mehrzahl der Mitglieder des Parteivorstandes. Sie verwandelten ihn immer mehr aus einem Verwalter der Gesamtpartei, aus einem Schlichter der Rechte aller Genossen, in eine Kampforganisation der Mehrheit gegen die Minderheit. Nicht nur jedem parteigenösslichen Empfinden, sondern auch dem allgemein menschlichen Grundgesetz von Treu und Glauben sprachen sie dabei Hohn. So drängte sie widerrechtlich den Parteivorstand Hugo Haase aus dem Parteivorstand durch die Beigerung, mit ihm zusammenzuarbeiten. Wider-

rechtlich entfernten sie später aus ihm seine Mitglieder Robert Wengels und Luise Zieg.

Das Vertrauen der Parteigenossen hatte im Frieden dem Parteivorstand an vielen Orten weitgehende Rechte über die von ihnen mit großen Opfern geschaffenen und zur Blüte gebrachten Presseorgane eingeräumt. Jetzt benutzte er unter dem Schutze des Kriegszustandes seine Vertrauensstellung, um den Genossen der Opposition ihre Organe zu nehmen, sie ihrer selbst geschaffenen Waffe zu berauben und diese gegen die Enteigneten zu wenden. So wurden den oppositionellen Genossen widerrechtlich entzogen: Der „Vorwärts“, die Organe in Stuttgart, Duisburg, Bremen, Braunschweig, Elberfeld, Königsberg und Stettin. Dies alles im Widerspruch zu den Grundsätzen der Demokratie, wonach die Genossen in den einzelnen Orten selbst über die Haltung ihrer Presse zu bestimmen haben. Die Gewalttätigkeiten steigerten sich bis zur Entfremdung der Genossin Ziekin aus der „Gleichheit“ und des Genossen Kautsky aus der „Neuen Zeit“. Das waren Schläge nicht nur gegen das deutsche Proletariat, sondern auch gegen die Internationale.

Wenn sich die Vergewaltigten zur Wehr setzten, wurden im schroffen Widerspruch zum geltenden Parteirecht ihre Organisation für außerhalb der Partei stehend erklärt und sogar Sonderorganisationen geschaffen, die der Parteivorstand als die allein berechtigten anerkannte.

So hat der Parteivorstand mit seinem Anhang die Partei gespalten!

Nun erst ging die für rechtlos erklärte Opposition dazu über, sich eine eigene Organisation zu schaffen: Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Ihr können die Massen zu!

Jetzt kommt der Würzburger Parteitag und spricht von der Herstellung des Parteifriedens. Im gleichen Atemzuge aber billigt er alle gegen die Opposition verübten Gewalttaten und verlangt, daß auch nach einer vollzogenen Einigung sich die Opposition selbst grundlagewidrigen Beschlüssen unterwerfen soll. Nach der bisherigen Praxis der Mehrheit des Parteivorstandes und der Fraktion bedeutet das unter dem Kriegszustand obendrein völligen Verzicht der Opposition auf Befundung einer selbständigen Meinung vor der Öffentlichkeit. Der Würzburger Parteitag bietet also nicht einen Frieden der Verschönerung, sondern einen Frieden der Unterwerfung. Einen solchen Frieden bieten heißt:

Eine Einigung nicht ernstlich wollen, für die man ein Lippenbekenntnis ablegt.

Dann kommt noch, daß sich der sachliche Gegensatz der beiden Parteien nicht verringert, vielmehr verschärft. Wohl führen die Vertreter der Würzburger Richtung heute nicht mehr ganz dieselbe Sprache, wie ehemals die Mehrheit der Fraktion. Sie sind nicht mehr gegen Friedensangebote der Regierung, sie fordern jetzt selbst, daß die Regierung ihre Kriegsziele darlege, sie leitenorn, keine Annexionen zu wollen, sie führen oppositionelle Reden, ja sprechen schon davon, daß die Kriegskredite nicht dem Volke bewilligt würden, sondern der Regierung. Sie erkennen damit an, daß die Kriegskredite abgelehnt werden können, was sie die ganze Zeit über auf das lebhafteste bestritten haben, und spielen sogar mit dem Gedanken der Kreditablehnung.

Aber die Aenderung der Sprache läuft nur parallel mit einer veränderten Haltung der Regierung und mancher bürgerlichen Parteien, die sich der Kriegslage anpaßt. Die Würzburger Richtung macht einem Michaelis scharfe Opposition, aber nicht, weil er ein Vertreter des heutigen Regierungssystems war, sondern weil er es in besonderem Maße kompromittierte und gefährdete. Sie spricht von der Demokratisierung aller öffentlichen Einrichtungen und bietet sich der Monarchie an als eine Stütze, die sicherer sei als die Konservativen. Sie strebt dahin, mit den Fortschrittler und dem Zentrum zusammen einen Wahlblock zu bilden, der seine Spitze gegen die Unabhängige Sozialdemokratische Partei richten würde; so hat David nach dem Bericht der „Frankfurter Tagespost“ vom 17. Oktober d. J. in Würzburg folgendes erklärt:

„Es mag unangenehm sein, bei den höchsten Wahlen gegen einen unabhängigen Kandidaten zu stehen. Aber ganz unmöglich wäre es, für einen Kreditvermeigerer einzutreten zu müssen.“

Die Würzburger Richtung erklärte sich grundsätzlich bereit, mit jenen bürgerlichen Parteien zusammen in eine Regierung einzutreten. In diesem Sinne sagte Scheidemann in Würzburg:

„Die erste Reichstagswahl nach dem Kriege wird eine ganz andere Bedeutung haben als je zuvor.“

Wir wissen nicht, wie sie aussehen wird, aber wenn nicht alles täuscht, wird sie uns eine sehr große Macht bringen. Dann werden wir nicht mehr die Unnehmlichkeit der Opposition genießen und anderen die Verantwortlichkeit überlassen können. Kann denn jemand in Deutschland wünschen, daß Deutschland nach dem Kriege von einem antisozialdemokratischen Block regiert wird, in dem die Konservativen, Altpreußen und Scharfmacher die Führung hätten? Bei der nächsten Reichstagswahl geht es um die wirklich politische Macht, um den entscheidenden Einfluß im Staat, um die Regierung selbst. . . .

Die Sozialdemokratie der Würzburger Richtung vermeint also, das Proletariat zu „wirklicher politischer Macht“ zu erheben, wenn sie erreicht, daß einige ihrer Genossen im Verein mit Vertretern des Zentrums und der Fortschrittler vom Deutschen Kaiser zu seinem obersten Beamten ernannt würden. Dabei ist klar, daß sich die Klassegegensätze nach dem Kriege schroffer ausprägen als je, und daß unter diesen Umständen der bürgerlich-sozialistische Mittelblock nur aufrecht zu erhalten ist unter Ausföderung aller Grundsätze und der allgemeinen Interessen, die das sozialdemokratische Proletariat von der bürgerlichen Welt trennen.

Dem entspricht es auch, wenn Cunow in Würzburg die Ueberlebtheit des Erfurter Programms proklamierte, gleichzeitig aber meinte, es gehe jetzt nicht an, ein neues an dessen Stelle zu setzen. Man verzichtet hinfert in jenem Lager auf eine grundsatztreue Politik, also auf jede ernsthafte Wahrnehmung großer proletarischer Interessen. Man lobt politisch nur noch von der Hand in den Mund!

Dafür läßt sich diese Art von Sozialdemokraten gefallen, wenn ihnen reichliches Wohlwollen und rege Unterstützung von Regierungskreisen und Verschönerung bürgerlicher Klasseninteressen zuteil wird, während die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Segnerschaft und Verfolgungen erfährt in einem Maße, das das Sozialistengesetz übertrifft.

Die Würzburger Tagung redet von der Einigung der Proletarier.

Die Einigung, an der sie arbeitete, war die mit Gegnern der Proletarier; für diese Einigung sind wir nicht zu haben.

Als im Jahre 1876 die zwei sozialdemokratischen Parteien, die Eisenacher und Kasseler, sich einigten, standen beide tatsächlich auf dem Boden gleicher Theorie und Praxis, führten sie beide in gleicher Weise den Kampf gegen das herrschende System und den Kapitalismus, wurden sie beide in gleicher Weise verfolgt und hatten sie einander unmittelbar in einem großen Wahlkampf tatkräftige Stützwahlhilfe gewährt. Nur Erinnerungen an Vergangenes trennte sie.

Heute ist die Lage eine andere.

Heute ist die Partei Würzburger Richtung nur noch dem Namen nach sozialdemokratisch, in Wahrheit nationalsozial. In ihr herrscht die Generalkommission der Gewerkschaften, die seit Jahren und namentlich seit Kriegsausbruch den Vorstand jener Partei in diese Richtung gedrängt hat.

Niemand ist mehr als wir von der Notwendigkeit durchdrungen, die sozialdemokratischen Massen zu einer einheitslichen Front zusammenzuschließen. Aber es muß eine Front gegen den gemeinsamen Feind sein, nicht eine Front, die sich ansieht zum Abmarsch ins feindliche Lager.

Heute gibt es nur eine wahrhaft sozialdemokratische Partei in Deutschland:

die Unabhängige Sozialdemokratische Partei!

Im Zusammenschluß aller Männer und Frauen, die sozialdemokratisch fühlen und denken, auch wenn sie heute noch aus Unkenntnis oder falschen Rücksichten im anderen Lager stehen, gewinnt sie die Kraft in Uebereinstimmung mit der Internationale den Friedenschluß zu beschleunigen, die Demokratie und den Sozialismus zu verwirklichen.

Am Anschluß an die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands und unter ihrem Banner vollzieht sich heute praktisch die Einigung der deutschen Sozialdemokraten.

Namens der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands:

Wilhelm Dittmann, Hugo Haase, Adolf Döfer, Gustav Laubert, Georg Ledebour, Robert Wengels, Luise Zieg.

Zu neuen Ufern.

Berlin, den 6. November 1917.

Die vorstehende Rundgebung der Leitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands entspricht den Auffassungen, denen wir in Nr. 31 des Mitteilungsblattes in unserer kritischen Würdigung des Würzburger Parteitages Ausdruck gegeben haben. Den Arbeitern muß immer wieder klar gemacht werden, daß in Würzburg der Einigungsgedanke für die ausschlaggebenden Elemente der regierungssozialistischen Partei nur dekoratives und pharisaisches Beiwerk war, und daß die entscheidende Bedeutung dieses Parteitages in der entschiedenen Befahrung einer nationalen und reformistischen Politik liegt. Die deutschen Arbeiter müssen die Tatsache scharf ins Auge fassen lernen, daß durch die Erschütterungen des Weltkrieges ein so tiefklaffender Gegensatz in den Grundanschauungen über die Verwirklichung der sozialistischen und demokratischen Ziele entstanden ist, daß das Band, das vor dem 4. August 1914 die verschiedenen Richtungen der alten Sozialdemokratie zusammenhielt, nicht wieder zusammengeknüpft werden kann. Aus seiner Klassenlage und seinem proletarischen Empfinden heraus hat jetzt jeder Arbeiter zu wählen, ob er sein und seiner Klasse Geschick einer Partei anvertrauen will, die in engster Fühlung mit bürgerlich-kapitalistischen Parteien und in „positiver“ Mitarbeit am militärischen Obrigkeitsstaate für das Proletariat Erfolg zu erreichen verspricht, oder ob er sich einer Partei anschließt, die nur in der aktiven Mitwirkung der Proletariatsmassen die Verwirklichung der sozialistischen und demokratischen Ziele für möglich hält und im Parlamente nur einen von den vielen Kriegsschauplätzen des proletarischen Emanzipationskampfes erblickt. Jeder deutsche Arbeiter hat zu entscheiden, ob er sein Heil dem Geschick einiger weniger Parlamentarier und Partei- und Gewerkschaftsführer anvertrauen will, für die er schließlich nur als Wähler, als beitragszahlendes Organisationsmitglied oder als beifallspendender Versammlungsbesucher in Betracht kommt, oder ob er selbst mehr, als das vor 1914 der Fall war, tätigen Anteil am Wiederaufbau einer durch den Weltkrieg zertrümmerten Welt in rein proletarisch-sozialistischem und proletarisch-demokratischem Sinne nehmen will. Ein mechanisches Anknüpfen an das, was vor dem 4. August 1914 war, und ein Fortwursteln in den Organisationstraditionen der alten Partei, die heute einer überwundenen historischen Epoche angehört, kann es nicht mehr geben. Die Tragik des Weltgeschehens in den letzten vier Jahren zwingt zu neuen Methoden und neuen Kampfformen, deren Wurzeln allerdings in den Boden der alten Partei hinabreichen, heute aber in ganz anderer Weise zur Entfaltung drängen. Die regierungssozialistische Partei hat auf die Flagge ihres nach neuen Ufern strebenden Schiffes die Losung „Nationale Reform“ geschrieben, auf der Flagge des Schiffes der Unabhängigen Sozialdemokratie steht die Parole: „Internationaler Befreiungskampf des Proletariats!“ Die deutsche Arbeiterkraft hat jetzt zu entscheiden, welchem Schiff sie sich anvertrauen, welchem sie die zahlreichste und tatkräftigste Mannschaft stellen will, um zu neuen Ufern zu gelangen.

Wenn wir von neuen Methoden und neuen Kampfformen reden, so können wir dies zurzeit nicht anders klar machen, als durch einen kritischen Rückblick auf die Entwicklungsgeschichte der deutschen Sozialdemokratie vor dem Weltkriege.

Schon im Jahre 1870 hatte Karl Marx ausgesprochen, daß der Schwerpunkt der internationalen sozialistischen Bewegung sich nach Deutschland verlegen werde, und er hat damit für viereinhalf Jahrzehnt Recht behalten. Nach dem deutsch-französischen Krieg begann für das geeinigste Deutschland eine Zeit des kapitalistischen Aufblühens, die Zeit des demokratischen Reichstagswahlrechtes und die Zeit einer gewissen Erhöhung der Lebenshaltung der oberen Schichten des Proletariats. Die emporkommende Arbeiterbewegung stand theoretisch unter dem Banner des Marxismus. Aber der revolutionäre Geist, aus dem der Marxismus geboren wurde, konnte infolge der Eigenart der deutschen Verhältnisse nicht zum Durchbruch kommen; der Marxismus wurde zu der theoretischen Formel der Anpassung an den national-kapitalistischen preussisch-deutschen Militärstaat. Um so revolutionärer war aber der

Kapitalismus selbst, der unaufhörlich die wirtschaftlichen Grundlagen des nationalen Lebens revolutionierte, Riesenbetriebe, Kartelle, Großbanken usw. usw. schuf. Die Erhaltung der aus dem Kriege von 1870/71 hervorgegangenen Machtstellung forderte die fortwährende Vergrößerung des stehenden Heeres, forderte schließlich mit Rücksicht auf den Ausdehnungsdrang des Großkapitals auch eine starke Flotte. Das Bürgertum hatte der feudalen Monarchie alle seine politischen Positionen abgetreten, aber um so energischer hat es sich unter dem Schutze des militärischen Polizeistaates in seinen ökonomischen Positionen befestigt. Ein siegreicher Kapitalismus, ein auf kapitalistische Grundlage gestellter Militarismus, eine aus dem Ineinanderwachsen der feudalen und kapitalistischen Klassen hervorgegangene politische Reaktion, die Revolutionierung des Wirtschaftslebens und der völlige Verzicht auf revolutionäre Methoden und Traditionen im politischen Leben, das sind die Grundzüge der Zeit von 1870 bis 1914.

In dieser Zeit war die gesamte Tätigkeit der deutschen Sozialdemokratie auf die Erweckung der rückständigen Arbeiterschichten mittels eines planmäßigen Kampfes für ihre unmittelbaren Bedürfnisse gerichtet, auf Anhäufung der Kräfte, Erhöhung der Mitgliederzahl, Füllung der Rassen, auf Entwicklung der Presse, Eroberung aller sich bietenden Positionen, ihre Ausnützung, Erweiterung und Vertiefung. All das repräsentiert eine Ansammlung von Arbeit, die sicher ihre historische Bedeutung hat. So entstand, dem Reichstagswahlrecht angepaßt, örtlich den Wahlkreisen angelehnt, seine Ausläufer in die städtischen und ländlichen Gemeinden entsendend, das großartige Gebäude der politischen Organisation des deutschen Proletariats mit seiner vielverzweigten bürokratischen Hierarchie, mit über einer Million zahlender Mitglieder, vier Millionen Wählern, 91 Tageszeitungen, 65 Parteidruckereien usw. Aber die ganze vielseitige Tätigkeit der Partei war praktisch restlos erfüllt vom Geiste der bewußten und planmäßigen Anpassung an die ökonomischen, rechtlichen und staatlichen Formen des nationalen Kapitalismus. In jenen viereinhalf Jahrzehnten hat die Geschichte dem deutschen Proletariat nicht eine einzige Gelegenheit geboten, in revolutionärem Anlauf irgendeine feindliche Position zu erobern, er war vielmehr darauf eingestellt, Hindernisse zu umgehen oder sich ihnen anzupassen. Die deutsche Sozialdemokratie, die theoretisch den Kampf um die politische Macht führte, war in ihrer ganzen Praxis gezwungen, sich der herrschenden Macht anzupassen, die Arbeiterbewegung nach Möglichkeit vor allzu groben Schlägen der Reaktion zu schützen und einzelne Reformen zu erkämpfen.

Alles in allem: Zwischen der revolutionären Gedankenwelt des Marxismus und der politischen Praxis der deutschen Sozialdemokratie lagte ein großer Gegensatz, der in den Augusttagen des Jahres 1914 mit erschütternder Deutlichkeit offenbar wurde. Die Ereignisse und Umwälzungen der Weltkatastrophe, noch viel mehr aber ihre zu erwartenden Nachwirkungen zwingen das deutsche Proletariat, dem großen Gegensatz nicht durch eine künstlich konstruierte Scheineinheit zu neuem Leben zu verhelfen, sondern sich nach der einen oder der anderen Seite zu entscheiden. Der Regierungssozialismus hat sich in Würzburg für die grundsätzliche Anpassung an den kapitalistischen Gegenwartstaat entschieden; er glaubt die furchtbaren Wunden, die der Weltkrieg dem Volke geschlagen hat, mit Reformpflasterchen heilen zu können. Wir aber meinen, daß nach dem Beispiel der imperialistischen Staaten, die die letzten Kräfte des Volkes auf ihre Karte setzen, auch das Proletariat zur Verwirklichung seiner Ziele ganze Arbeit machen und den lebendigen Geist des Marxismus mit seinem politischen Handeln in Einklang bringen muß.

Neue Methoden, neue Kampfformen — der einzelne Arbeiter, der sich zu ihnen bekennet, muß sich darüber klar sein, daß es in Zukunft nicht mehr nach der alten Parteischablone gehen kann, daß es nicht genügt, Beiträge zu zahlen, in Versammlungen zu gehen und vom Rechte der Kritik Gebrauch zu machen, daß vielmehr die Umsetzung der Ideen des Marxismus in die politische Praxis hohe Anforderungen an sein Wissen, Willen und Handeln stellt.

Wochenschau.

Vom 31. Oktober bis 6. November 1917.

Kriegsereignisse: An der Westfront ist in der vergangenen Woche die Kampfstärke überaus lebhaft gewesen. Ueber den Rahmen der ewigen Artillerie-schlacht hinaus kam es wiederholt in Flandern, an der Maas und an der Aisne zu Vorstößen größerer französischer und englischer Infanteriemassen. An dem viel umstrittenen Damenweg wurde auf deutscher Seite eine Frontverlegung vorgenommen. Kleine Abteilungen amerikanischer Soldaten haben bereits in die Kämpfe an der Westfront eingegriffen und haben Verluste an Toten, Verwundeten und Gefangenen gehabt. — An der Ostfront ist es zurzeit verhältnismäßig ruhig. — An der italienischen Front nahm die Verfolgung und Auflösung der Isonzoarmee ihren Fortgang. Deutsche und österreichische Truppen dringen immer weiter in der venezianischen Ebene vor. Nach Einnahme der Stadt Udine, des Hauptquartiers der italienischen Heeresleitung, wurde der schwache Widerstand der zurückflutenden italienischen Armee am Tagliamento-Flusse gebrochen. Die Italiener haben allein an Gefangenen rund 200.000 Mann verloren, dazu eine riesige Zahl von Geschützen und Kriegsgerät. Die englisch-französische Hilfsaktion ist bis jetzt noch nicht praktisch in Erscheinung getreten. Allmählich wird auch die italienische Front in Südtirol, die sogenannte Dolomitenfront, mit in den Zusammenbruch hineingezogen. An der mazedonischen Front ist es in den letzten Tagen lebhafter als sonst zugegangen, was mit den Vorgängen an der italienischen Front zusammenhängen wird. Die Lage des General Sarrail ist durch die Zertrümmerung der italienischen Isonzofront noch kritischer geworden, als sie ohnehin schon war. — Luftangriffe wurden in der vergangenen Woche wieder auf London und Dänkirchen gemacht. — Kleinere Seegefechte fanden in der Nähe der holländischen Küste und in dänischen Gewässern statt. Ein deutsches U-Boot griff in die Kämpfe der Italiener mit den Eingeborenen von Tripolis ein, wo die Italiener sich mit Mühe behaupten können.

Ausland: In Spanien ist es zu einer Neubildung des Ministeriums unter dem Politiker Pietro Garcia gekommen. Das bisherige Ministerium Dato mußte unter der Nachwirkung der Aufstandsbewegung gehen, auch herrschte eine Mißstimmung in den politischen Organisationen des Offizierskorps gegen den Kriegsminister. Die neue Regierung hat sich für strenge Neutralität erklärt.

In England garte es wieder einmal unter der Bergarbeiterschaft von Süd-Wales, doch scheint der Ausbruch eines Streiks vermieden worden zu sein. — In Irland ist die revolutionäre Bewegung der Sinn-Fetner in der letzten Zeit sehr lebhaft gewesen. Die Sinn-Fetner haben einen Kongress abgehalten, auf dem sie an der Proklamierung Irlands zur selbständigen Republik festgehalten und der englischen Regierung einen verschärften Kampf angesagt haben.

In Frankreich wurde die öffentliche Aufmerksamkeit auf geheime Machenschaften der Royalisten gelenkt, die die Kriegswirkungen für ihre monarchischen Ziele auszunutzen suchen. Es sollen sogar royalistische Waffenlager usw. entdeckt worden sein. Wegen den oft genannten Abgeordneten Dauter und eine royalistische Zeitung wurde ein gerichtliches Verfahren eingeleitet, bei dem aber nicht viel heraus zu kommen scheint.

In Rußland hat der Kampf zwischen revolutionärer Demokratie auf der einen und Regierung und Bürgertum auf der anderen Seite den Charakter eines verbissenen Stellungskrieges angenommen, dem über kurz oder lang entscheidende Zusammenstöße folgen werden. Der Gegensatz zwischen den beiden feindlichen Lagern tritt zurzeit besonders in der Friedensfrage scharf zutage. Das an anderer Stelle dieses Blattes abgedruckte Friedensprogramm der Sowjets, das, wie wir ausdrücklich betonen, die Anschauungen der gemäßigten Sozialisten wiedergibt, hat den Widerspruch des Ministers des Auswärtigen, Tereschtschenko, hervorgerufen, der in einer langen Rede dagegen angekämpft hat. Auch der bekannte Imperialist Miljukow hat im Vorparlamente das sozialistische Friedensprogramm angegriffen. Beide stehen auf dem Standpunkte, daß die russische Republik ihre Friedenspolitik mit den Kriegszielen der Entente-regierungen in Einklang bringen müsse. Nicht allein die Bolschewiki, sondern auch die gemäßigten Elemente der Sowjets, die vor allem in dessen Zentralkomitee noch das Übergewicht haben, wenden sich daher sehr scharf gegen die Regierung. Da in diesen Tagen der

Kongress aller russischen Arbeiter- und Soldatenräte zusammengetreten ist, wird der Kampf noch schärfere Formen annehmen. — In der Wahlvorbereitung zur Konstituante im vollen Gange und machen angesichts der verlotterten Verwaltung und der Tatsache, daß 80 Prozent des russischen Volkes nicht lesen und schreiben können, große Schwierigkeiten. Die Wahlen selbst finden am 25. November statt und werden den Gegensatz zwischen revolutionärer Demokratie und gegenrevolutionärem Bürgertum erst recht zum Ausdruck bringen. All die bisherigen Wahlen in den Kommunen usw. haben dem energiegelassen Flügel der revolutionären Demokratie, den Bolschewiki, Erfolge gebracht. — In Petersburg waren Gerüchte verbreitet, daß die Bolschewiki in der Zeit vom 2. bis 7. November einen bewaffneten Aufstand geplant hätten. Wahrscheinlich handelte es sich dabei nur um ein Manöver der Regierung, die durch Versammlungsverbot und andere Ausnahmeverordnungen den Bolschewiki Schwierigkeiten machen wollte. — Allmählich wird immer klarer, daß Kerenski in der Kornilow-Affäre eine sehr zweideutige Rolle gespielt hat und daß er selbst anfänglich Kornilow veranlaßt hat, mit einem Kavalleriekorps nach Petersburg zu marschieren. Sein Gehilfe und Zwischenträger, der Sozialist Sawinkow, ist deshalb bereits aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen worden. — Nach und nach sichert durch, daß es unter den in Frankreich stehenden russischen Truppen zu Aufständen gekommen ist, die mit Kanonen und Maschinengewehren niedergeworfen wurden. — Eine starke Selbständigkeits-Bewegung geht durch die mohammedanische Bevölkerung der zentralasiatischen Provinzen Rußlands, die Land und politische Unabhängigkeit für sich verlangen.

Innere Politik: Der Kanzlerwechsel hat sich endlich nach schweren Geburtswehen vollzogen. Der orthodoxe Protestant Dr. Michaelis hat nach kaum dreimonatlicher Amtsdauer das Kanzlerpalais verlassen, der strengkatholische Zentrumsmann Graf Hertling, bisher bayerischer Ministerpräsident, ist Reichskanzler geworden. Von Beruf war Graf Hertling Professor der katholischen Theologie und Philosophie, er hat sich aber auch jahrzehntelang innerhalb der Zentrumspartei als Politiker betätigt. Der neue Reichskanzler ist 74 Jahre alt. — Das regierungssozialistische Zentralorgan sagt von den Begleitumständen dieses Kanzlerwechsels: „Der größte Teil des Weges vom Obrigkeitstaate zum Parlamentarismus ist zurückgelegt“, und die „Chemnitzer Volksstimme“ schrieb sogar großspurig von einer „deutschen Revolution“. In Wirklichkeit handelt es sich um einen ganz winzigen Fortschritt in Richtung des rein bürgerlichen Parlamentarismus. Mit wirklichem Parlamentarismus und mit wirklicher Demokratie haben die mit diesem Kanzlerwechsel verbundenen Vorgänge nichts zu tun. Der Reichstag, dessen Abgeordnete vor sechs Jahren unter ganz anderen Voraussetzungen gewählt worden sind, war nicht verammelt und konnte als ganze Körperschaft auf den Kanzlerwechsel gar keinen Einfluß ausüben; die Abgeordneten der einzelnen Parteien saßen in ihrer Heimat in den verschiedenen Teilen des Reiches. Nur ein knappes Duzend von Parteiführern kam wochenlang in einem verschlossenen Zimmer des Reichstages zusammen und schachtelte mit dem Grafen Hertling und dem Zivilkabinet über die Bedingungen, unter denen sie dem neuen Manne, der nebenbei alles andere als ein begeisterter Freund des parlamentarischen Systems ist, Gefolgschaft leisten wollen. Jetzt geht der Kuhhandel noch um die Besetzung der Stellen des Vizekanzlers und des stellvertretenden preussischen Ministerpräsidenten usw., für die Nationalliberale und Fortschrittler durchgedrückt werden sollen. So wird der bekannte nationalliberale Landtagsabgeordnete Dr. Friedberg als Nachfolger Helfferichs genannt. Und die Herren Scheidemann und Ober sowie Herr Stampfer im „Vorwärts“ quälen sich im Schweiß ihres Angesichts ab, einen nationalliberalen Sozialisten und Wahlrechtsfeind und fortschrittlichen Vertreter des Bankrotaris in den Ministerseffel zu helfen und das dem Proletariat als großen „Fortschritt“ weis zu machen. Ueberhaupt ist der Clericus, den der „Vorwärts“ in der Frage der Kanzlerschaft Hertlings vollführt, äußerst postlerlich. Anfangs hieß es: „Hertling — nein, niemals!“, dann entbedt der brave „Vorwärts“ doch manche „Berührungspunkte“ mit den angeblichen Richtlinien der künftigen Politik Hertlings und jetzt ist er Feuer und Flamme, dem Ministerium Hertling Stütze und Dauer zu verschaffen. Die Arbeiter werden in den nächsten Wochen und Monaten selbst nachprüfen können, wozu ihnen diese und Monater selbstsozialistischer Hilfe zustande gekommene Regierung an politischer

Bewegungsfreiheit, Aufbesserung der Lebenshaltung usw. beschert hat.

Der „Vorwärts“ tut auch so, als ob Graf Hertling mit beiden Füßen auf dem Boden der berühmten Friedensresolution vom 19. Juli stünde. Aber Graf Hertling hat sich wohlweislich darüber noch nicht geäußert. Wie man aber bei den liberalen Bundesbrüdern des Regierungsozialismus über die Friedensresolution denkt, dafür nur zwei Beispiele: Die „Kölnische Zeitung“ schrieb kürzlich, daß das Friedensangebot vom 19. Juli „erledigt und zertrümmert“ sei. Und der Reichstags- und bayerische Landtagsabgeordnete Dr. Müller-Meinigen hat dieser Tage erklärt, daß infolge der neuesten Ereignisse (die Niederlage Italiens) die Friedensresolution „überholt“ sei und „keine praktische Bedeutung mehr“ habe. Diesen Beispielen liehen sich noch viele andere anfügen. Und wenn der „Vorwärts“ seinen Lesern immer wieder vortäuschen will, daß es keine belgische Frage mehr gäbe, so wußte die „Deutsche Tageszeitung“ dieser Tage mitzuteilen, daß der alldeutsche Verband in Essen an Herrn v. Hindenburg usw. eine Entschliessung gesandt hat, in der es heißt, daß Rheinland und Westfalen „bei einem unserem Einfluß entzogenen Belgien im nächsten Kriege verloren“ sein würde.

Der Reichstag soll nun nicht erst am 5. Dezember, sondern am 22. November zusammentreten und die Programmrede des neuen Reichskanzlers hören.

Der preussische Landtag wird am 15. November wieder zusammentreten; die Wahlrechtsvorlage wird aber erst nach dem 21. November zur Beratung kommen.

Den christlichen Gewerkschaften ist hohe Ehre wiederfahren; ihr Generalsekretär Stegerwald ist in das preussische Herrenhaus berufen worden. Nun sitzt neben einem Repräsentanten des Handwerks, einem ehrsamem Klempnermeister, auch ein Arbeitervertreter in der feudalen Kammer. Und da sage einer noch, daß die Demokratie in Deutschland nicht mit Riesenschritten vorwärts marschieret!

Regierungssozialistische Stillbluten: In einem Artikel über die Reformationsfeier schrieb die Elberfelder „Freie Presse“, ein Organ, das der Opposition vom Parteivorstande geraubt und mit einer ihr ergebenen Redaktion besetzt wurde, über das Verhalten Luthers zu Thomas Münzer folgenden Satz: „Luther wußte sich nicht anders zu helfen, wie sich in solchen Fällen halbe Reformer gegenüber ganzen Revolutionären zu helfen pflegen: er denunzierte Münzer bei den sächsischen Fürsten...“

In einer Betrachtung über russische Wahlvorgänge brachte der „Vorwärts“ nach der F. R. folgenden Satz: „... Wer heute am energischsten und klarsten für den Frieden wirkt, kann der Unterstützung der Massen sicher sein.“ — Dieser Satz bezieht sich auf die Erfolge der — Bolschewiki!

Spotten ihrer selbst und wissen nicht viel!

Im Elberfelder Stadtparlament sagte der Regierungssozialist Landé: „Die Vaterlandspartei wünscht, daß der Krieg geführt werde bis zum vollen deutschen Sieg und bis zur Verschmetterung der Feinde. Dieser Wunsch liegt ja allen am Herzen, und der Steg über Italien hat alle Herzen höher schlagen lassen. Jeder hofft, daß diesem Siege auch bald die Niederlage der anderen Feinde und besonders Englands folge. In diesem Wunsche sind sich alle Deutschen einig.“

Aus der Bewegung.

Magdeburg. Seit dem 10. Juni war kürzlich unseren Magdeburger Parteigenossen zum ersten Male es wieder möglich, eine Mitgliederversammlung abzuhalten. Die Versammlung am 28. Oktober war sehr gut besucht. Der Kassierer, Genosse Teller, gab den Kassensbericht. Unsere Magdeburger Parteiorganisation, die jetzt 6 Monate besteht, hatte am 1. Oktober einen Bestand von 722 Mitgliedern zu verzeichnen, darunter 40 weibliche Mitglieder. Man hofft, daß die Agitation unter den Genossinnen in Zukunft etwas reager einsehen wird. Seit dem 1. Oktober, besonders während der Würzburger Tagung, hat sich der Mitgliederbestand in allen Bezirken erheblich gesteigert.

Der Kassensbericht betrug 976 Mk. Es ist dies ein befriedigendes Ergebnis, da die Magdeburger Ortsgruppe im ersten Halbjahr ihres Bestehens die ganzen Unkosten ihrer Einrichtung bestreiten mußte. Der Vorsitzende berichtete darauf über die Tätigkeit des Vorstandes. Er ließ in einem einstündigen Vortrag zunächst das Wirken der Magdeburger Opposition im letzten Jahre ihrer Zugehörigkeit zu der alten Parteiorganisation Revue passieren und erörterte alle Verhältnisse und Handlungen des Vorstandes der neuen Organisation. Sodann kritisierte der Redner das Verhalten der Magdeburger Volksstimme gegenüber der Unabhängigen Sozialdemokratie. Während diese Zeitung alle Inserate der Konservativen, der Vaterlandspartei und der Liberalen nicht nur im Inseratenteil aufnimmt, sondern meistens auch in ihrem lokalen Teil auf diese Versammlungen wohlwollend hinweist, verweigert und die „Volksstimme“ die Aufnahme

unserer Versammlungsinerale. Es sei dies ein Beweis der Seelenverwandtschaft dieser Parteistellungen. In der vaterländischen Stimmung in Magdeburg hätten die „Volksstimme“, sowie der Magdeburger Vertreter im Reichstag, Landsberg, ihr möglichstes beigetragen. Landsberg sei seinerzeit in den vaterländischen Ausschuss, welcher den Zweck hatte, der vaterländischen Partei die Wege zu ebnen, beigetreten, und hat in einer von diesem Ausschuss einberufenen öffentlichen Volksversammlung gesagt: „Es gibt nur ein Vaterland, welches die Opfer dieses Krieges wert ist, und das ist unser deutsches Vaterland.“

Dem Bericht folgte eine ausgiebige Diskussion. Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, die das Vorgehen der Michaelis und Capelle gegen die Genossen Haase, Dittmann und Vogther verurteilt und diesen Genossen ihr Vertrauen abspricht.

Wieder ein Anschluß! Würzburg an! Dem Vorgehen der Genossen in Delamünde S. N. sind die in Aahla bereits gefolgt. In einer Besprechung am 28. Oktober haben sie fast geschlossen den Anschluß an die U. S. P. vollzogen. Wie es dazu mitgeführt wird, hat der Würzburger Parteitag den letzten Rest der Hoffnung zerstückt, die Abhängigen könnten vielleicht doch den Weg zur Sozialdemokratie zurückfinden. Nun, da sich zeigt, daß die Scheidemann nur noch den Namen der Sozialdemokratie behalten haben, mit ihrer ganzen Politik bereits tief im bürgerlichen Lager stecken, wird der Abmarsch der wirklichen Sozialdemokraten sicherlich stärker einsehen. — Wie überall, so ist auch hier die erste Sorge der Abhängigen, die vorhandenen Gelder für ihrenbeutel zu sichern. Ihre verkoren, Geld gereitet: hurra!

In Nürnberg sprach am Sonntag, den 4. November, im großen Saale des Herkules-Balodroms Genosse Dittmann in einer von 1500 Personen besuchten Volksversammlung über „Kampf für Frieden und Freiheit“ und fand stürmische Zustimmung für seine Ausführungen. Der Redakteur Dr. Adolf Braun-Nürnberg, Redakteur der „Tagespost“, mußte infolge recht provokatorischer Ausführungen von der Rednertribüne abtreten.

Genossin vereinzelt Stimmung nahm die von prächtiger Stimmung getragene Versammlung folgende Resolution an:

„Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten, Reichstagsabgeordneten Dittmann, einverstanden und gelobt, den Kampf gegen die Annexionspolitik und Kriegsverlängerer energisch zu führen. Sie fordert alle Arbeiter und Arbeiterinnen, sowie alle freiheitlich gesinnten Volkskreise auf, sich der einzigen politischen Partei anzuschließen, die diesen Kampf bisher grundföhrlich und unerschrocken geführt: der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, unter deren Banner sich die Sammlung und Einigung der Klassenbewußten Arbeiterschaft Deutschlands auf dem Boden der alten Grundföhrung der Sozialdemokratie vollzieht.“

Am Nachmittag desselben Tages um 4 Uhr sprach Genosse Dittmann vor überfülltem Saale im „Grünen Baum“ in Fürtth über dasselbe Thema; es waren rund 300 Personen anwesend, während in einer Sitzung von den Abhängigen dort abgehaltenen Versammlung, in der Abgeordneter Stübben sprach, nur 110 Personen erschienen waren. Auch hier herrschte eine begeisterte Stimmung für die U. S. P. D. und die Zustimmungs-Resolution fand einstimmig Annahme. In beiden Versammlungen wurde eine beträchtliche Anzahl Mitglieder aufgenommen und die agitatorische Wirkung war eine vorzügliche und nachhaltige.

Offenburg. (7. bad. Kreis.) Die Mitgliederversammlung vom 1. d. M. zeigte bei sehr gutem Besuch — auch aus dem Kreise waren die Genossen erschienen — den soliden Stand unserer zur Unabhängigen Sozialdemokratie zählenden Organisation. Der Vorsitzende Adolf Weid gab einen Überblick auf das erste Quartal der Tätigkeit, das nicht mehr regierungssozialistischer Vereinst. Nach dem Kassensbericht wurden vom 1. Juli bis 30. September insgesamt 650 Mitgliederbeiträge (Marken) eingekassiert. Die Gesamteinnahme betrug 168,70 Mk., ohne die Beiträge auf der Sammelliste und zum Unterstützungsfonds, der auf 150 Mk. angewachsen ist. Mit einem Kassensbestand von 105,28 Mk. schließt die Quartalsabrechnung ab. Im August vermehrte sich die bisherige Mitgliederzahl erheblich. Es werden 50 Mitteilungsblätter ausgegeben und 25 Frauen-Zeitungen gehalten. — In der Versammlung hielt der Bezirkssekretär Genosse Dittmann einen Vortrag über die Würzburgerzeit.

Die Freiburger „Volksmacht“ schrieb am 20. Oktober:

„Inzwischen ist unsere Offenburg Organisation bekanntlich wieder hergestellt, es ist dort eine neue Vereinsleitung gebildet worden und die Organisationen des Kreises außerhalb der Stadt haben sämtlich zur alten Partei gehalten.“

Mehr blauen Dunst kann man unmöglich in vier Zeilen einer Spalte füllen, als es hier geschieht. Die Tatsachen stehen dieser Beruhigungsnotiz direkt entgegen. Der Schwindel kann also nicht helfen, der Freiburger Klapptiergen Genosse Scheidemann muß auf die Beine zu helfen.

Unsere Bewegung in Aöln. Die Unabhängige Partei macht auch im schwarzen Aöln, das äußerlich noch eine Stütze des Regierungsozialismus ist, schöne Fortschritte. Selbst die tönenhaften Phrasen der „Aberinischen Zeitung“ halten die Arbeiter auf die Dauer nicht von der Erkenntnis zurück, wie hoch und kläglich es mit der Politik der Scheidemann steht. Aöln war unter der Führung Meerfelds von jeher eine Hochburg des Opportunismus. Heute ist neben ihm der früher so radikale Sollmann die Hauptstütze der Abhängigen. Selten hat ein Mensch so gründlich „umarmt“, wie er, selten ein Mensch die Arbeiter so enttäuscht. Daß auch die Aölnler denken lernen, zeigte die Versammlung der Unabhängigen Partei am vergangenen Sonntag. Der Saal war dicht gefüllt, so daß sich viele mit einem Stuhlplatz begnügen mußten. Sicher waren etwa 500 Personen anwesend. Genosse

Dr. Erdmann sprach über das Thema: „Wie lange noch?“ Treffend zeigte er die Halbheit und Kläglichkeit der regierungsozialistischen Friedenspolitik und kühnliche Zustimmungsrufe aus der Versammlung gaben ein klares Bild der Stimmung der Besucher. Viele alte Genossen traten unserer Partei bei. Die Köhler Anhänger, die in unserer ersten Versammlung so schlecht abgeschrieben hatten, waren diesmal ferngeblieben. Sie hatten wichtigeres zu tun. In gleicher Stunde trafen sich in einer eigenen Versammlung, die im Verhältnis zu der unfrischen schwach besucht war, als zukünftige Stadträte von Zentrum und Liberalen, die bürgerlichen Parteien, Zentrum und Liberalen, haben den Regierungsozialisten, die sich ja seit drei Jahren durchaus als Vertreter der Ordnung „gut geföhrt“ haben, drei Sitze gnädigst überlassen. Und unsere Herren sagen höflich „Danke schön“ und hinken auf den Krücken des früher so bekämpften Dreiklassenwahlrechts Arm in Arm mit dem volksfeindlichen Zentrum und den liberalen Bourgeois in dem Stadtrat. Anstatt einen frisch-fröhlichen Kampf zu wagen, die ganze Erbarmlichkeit des Dreiklassenwahlrechts den Köhler Arbeitermassen wieder vor Augen zu führen und unsere gesamten Forderungen in breiter Öffentlichkeit zu vertreten, setzen sich die Herren Solmann, Haas und Erles „burgfriedlich“ auf die weichen Sessel des Hansfaales. Und das nennt man dann noch „sozialistische Klassenkampfpolitik“! Es ist selbstverständlich, daß wir ein solches Trauerspiel nicht mitmachen. Das Verhalten der Solmänner wurde in unserer Versammlung durch eine gegen vier Stimmen angenommene Resolution beantwortet, in der wir unseren Freunden strikte Wahlenthaltung empfahlen. Unsere Parole lautet: Keine Stimme den Regierungsozialisten! Der ganze Verlauf der Versammlung läßt uns hoffnungsfroh in die Zukunft schauen.

Aus dem 11. badischen Kreise. In dem großen Bororte Mannheims, in Gorkenheim, fand am Sonntag eine gut besuchte Versammlung der Mitgliedschaft der U. S. P. statt. Der Landtagsabgeordnete Ged hielt einen Vortrag über das Kongress zu Würzburg. Darauf fand die Wahl dreier Delegierten für die Konferenz statt, welche demnächst über die Wahlkreisorganisation der U. S. P. zu befinden hat. Die Stimmung ist gut.

Aus der Zeit.

Volksanzeiger - Poesie. Der Berliner „Volksanzeiger“ veröffentlicht die Eindrücke eines „Dichters“ namens Max Bever aus dem Großen Hauptquartier. Darin schreibt besagter Dichtersmann über Wilhelm II.:

„Das volle, schneeige Haar ist jugendlich geschelst und in lebhaft gelodeten Wellen frisch nach oben bewegt, als wenn darin noch der Seewind von des Kaisers Fahrten auf den Meeren und Regatten spiele. Die breit, frei und hoch gebaute Stirn ist selbgebräunt bis zu dem Strich, wo ihr der Helm und die Feldmütze die lichtere Tönung beilegen. Die braunen Wangen durchzittert oft ein gesunder, rosiger Ton. Ueber den schön und fest, nicht zu voll und nicht zu dünn geschwungenen Lippen ist der Schnurrbart etwas knapper gestutzt als im Frieden, prachtvolle gesunde Zähne, einer weiß wie der andere, schimmern im berechneten Gespräch oder auch manchmal in einem frischen Lachen unter ihm. Der kraftvolle Schnitt der Wangen und des mit breiter Energie gebauten, anmutig doch mit einem Grübchen geschmückten Kinns umschließen dies künstlerisch schön aufgebaute Kaiserhaupt, das neben den patriarchalischen Hauptern Karls des Großen und Barbarossa ewig seinen jung-germanischen Typus in der deutschen Kaiser-Geschichte bewahren wird!“

Rehlich haben wir es übrigens vor Jahresfrist in einer Schilderung des Schredensfindes des Regierungsozialismus, des „Sozialdemokraten“ Anton Wendrich, gelesen.

Was Pferde einbringen. Der Pferdesport ist für Rennstallbesitzer selbst in der Kriegszeit noch ein einträgliches Geschäft. Was manche Besitzer einstecken, erhebt aus folgender Mitteilung, die wir in der „B. J.“ am „Mittag“ lesen:

„Die Ställe Weinberg und Daniel schließen jetzt mit fast der gleichen Gewinnsumme von 425 800 Mk. bzw. 425 720 Mk. ab. Beide Ställe verdanken je die Hälfte ihrer Erfolge einem Pferde, nämlich Berggötte mit 227 000 Mk. bzw. Landgraf mit 210 000 Mk. für die Frankfurter Züchter machten sich sonst höchstens noch San Martinus mit 52 000 Mk. und Moretto mit 28 670 Mk. verdient, während sich für Herrn R. Daniel, noch Priesterwald mit 53 650, Berle 32 750, Frauenlob 30 000, Kestha 22 820 und Languard mit 20 240 auszeichneten. An der Spitze der erfolgreichen Flachrennställe steht bekanntlich der Stall Oppenheim mit einer Gewinnsumme von über einer halben Million Mark.“

Diese Summen bedeuten nur die ausgelegten Preise. Dazu kommen noch die großen Einnahmen an Eintritts- und Plaggebühren und ferner die Einnahmen der Wettmaschinen, die den Veranstaltern der Rennen zustehen.

Aus den Organisationen.

Treptow-Baumshulenweg. Am Mittwoch, den 14. November, abends 8 1/2 Uhr, finden die Zahlabende gemeinsam für jeden Ortsteil statt. In Treptow bei Hauser, Gräßstr. 68, in Baumshulenweg bei Krause, Kiehlstr. 249. Der besonderen Wichtigkeit halber ist unbedingtes Erscheinen notwendig.

Der Vorstand.

Adleröf. Die Bibliothek ist von jetzt an im Lokal von Reichert, Bismarckstr. 68, jeden Montag von 8-9 Uhr, die Kinderbibliothek jeden Mittwoch von 2-3 Uhr geöffnet.

Friedrichshagen. Der gemeinsame Zahlabend von Friedrichshagen findet am Mittwoch, den 14. November, abends 8 Uhr, im Jugendheim, Scharenwederstr. 68, statt. Tagesordnung: 1. Parteiangelegenheiten. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet.

Der Vorstand.

Niederschönhausen-Bantow. Am Sonntag, den 23. Oktober, fand in Niederschönhausen im Lokal von Rettig, Blankenburgerstraße, wieder eine gemeinschaftliche Mitgliederversammlung der beiden Bezirke statt. Da Genosse Artur Stadthagen durch Erkrankung verhindert war, das Referat zu halten, sprach an seiner Statt Genossin Mathilde Wurm über die gegenwärtige politische Lage. Die vorzüglichsten Ausführungen der Referentin zu diesem aktuellen Thema fanden vollen Widerhall in den Reihen der Zuhörer. Nicht zuletzt geistelte Genossin Wurm Dr. Davids Verhalten im Reichstage zu dem Angriff auf die Genossen Saate, Dittmann und Bogtherr und das gänzliche Fehlen jeder Resonanz auf dem Würzburger Parteitag zu diesem unerhörten Vorfall. Der Referentin lohnte starker Beifall. Die angeregte Diskussion bewegte sich durchaus in zustimmendem Sinne zu dem Gehörten und in dem festen Bestreben, unentwegt für die Ziele und Grundsätze der U. S. P. D. zu werden. Zum Schluß sprach die Versammlung allen politisch Gemäßigten ihre wärmste Sympathie aus.

Potsdam-Spandau-Osthavelland. Die Adresse des Kreisleiters ist Emil Olm, Belten i./M., Friedrichstraße 7.

Alle diesbezüglichen Zuschriften und Sendungen sind an obige Adresse zu richten.

Spandau. Der gemeinsame Zahlabend findet dieses Mal am Mittwoch, den 14. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Windt, Wicheldorferstraße 5, statt. — Für den Stadtteil Siemensstadt findet der Zahlabend am Mittwoch, den 21. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Kant, Siemensstr. 34, statt.

Der Vorstand.

Stralau. Der gemeinsame Zahlabend findet diesmal am Mittwoch, den 14. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Steinicke, Alt-Stralau 5, statt und erwartet zahlreiches Besuch.

Die Bezirksleitung.

Tempelhof. Am Mittwoch, den 14. November, findet bei Reimer, Ordensmeisterstr. 57, ein gemeinsamer Zahlabend statt. Zahlreiches Erscheinen erwartet.

Der Vorstand.

Weißensee. Am 14. d. M., abends 8 Uhr, findet im Lokal von Otto Rasche, Berliner Allee 251, unser Zahlabend statt. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwartet.

Die Bezirksleitung.

Vereins-Veranstaltungen.

Freireligiöse Gemeinde Berlin.

Sonntag, den 11. Nov., vorm. 9 Uhr, Pappel-Allee 15/17; Neudöln, Idealpassage, Weichselstr. 8; Oberhönoweide, Wilhelminenhofstr. 48 bei O. Pamp; Freireligiöse Vorlesung. — Vorm. 10 1/2 Uhr, Al. Frankfurterstr. 6; Vortrag des Herrn E. Däumig: „Wanderungen durch die Kirchengeschichte. XI. Die Wirkungen der Reformation.“ — Gäste willkommen.

Quittung.

Vom 10. September bis 1. November 1917 gingen bei dem Unterzeichneten folgende Beiträge für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei ein:

Von R., Uffshagenburg	224,10 Mk.	Von R., Halle	560,99 Mk.
Von H., Arlesberg	5 Mk.	Von Nürnberg	5 Mk.
Vom Niederrhein	419,33 Mk.	Von R., Randsow-Greifenhagen	89,28 Mk.
Von G., Offenburg auf List	14,85 Mk.	Von L. in Leipzig durch G.	1000 Mk.
Von Rastenow auf List	50 Mk.	Von 4 Genossen durch G.	pro August 350 Mk.,
desgleichen pro September	350 Mk.	Von R. R. durch G.	500 Mk.
Von G., Stettin	750 Mk.	Von M. R. auf List	16 011 400 Mk.
Von R., Eisenach	68,97 Mk.	Von Schweinfurt	21 Mk.
Von Batschlau	28,10 Mk.	Von Heidingfeld	15 Mk.
Von R., Leipzig-Land	1000 Mk.	Von Nürnberg	5 Mk.
Vom 8. sächsischen Kreis durch F.	267,60 Mk.	Von F., Dresden für Vons	75 Mk.
Von Danzig	21 Mk., 12,30 Mk., 49,10 Mk. und 34 Mk.	Von V., Berlin V.	62,20 Mk.
Von Rottorn	13,26 Mk., 7,10 Mk. und 4 Mk.	Von V. für Broschüren	311,59 Mk.
Von Sch., Breslau auf List	24,95 Mk.	Von Dresden	800 Mk.
Von Chemnitz	25 Mk., 24 Mk., 9,40 Mk. und 20 Mk.	Von Berlin II	142,95 Mk.
Von Schwargenbach	4 Mk.	Von Mannheim	36,60 Mk.
Von Magdeburg	144 Mk.	Von Wittenberg	21,20 Mk.
Von Ludwigshafen	14,80 Mk.	Von Jena	75 Mk.
Von Arnstadt	7,80 Mk.	Von Bremen	15,60 Mk.
Von Langensolza	2,10 Mk.	Von München	16,65 Mk.
Vom Niederrhein	73,20 Mk.	Von R., Potsdam	4,50 Mk.
Von R. für Leipzig-Land	2000 Mk.	Vom Niederrhein	500 Mk.
Für Broschüren	1 Mk.	Von Dudweiler	3,25 Mk. und 29,10 Mk.
Von Sch., Breslau	22,80 Mk.	Aus dem Rheinland	15 Mk.
Von Slamen	7,90 Mk.	Von Nürnberg	5 Mk.
Von Ragsburg	116 Mk.	Von B., Nürnberg	21 Mk. und 34,14 Mk.

Wilhelm Dittmann, Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 21, 2. Hof, 3 Tr. (Postkassentkonto 82237)

5 Mk. für die U. S. P. von Hermann Worm durch Nehrfisch, 6. Kreis, 8. Abteilung.

Für den Pressefonds: 2. Kreis, D. G. aus dem Felde 2 Mk.

Für Parteizweck: 2. Kreis, 3. Pion. R. M. 6 Mk. 3. Kreis 1 Feldgr. 2 Mk.

Freireligiöse Gemeinde.

Dienstag, den 13. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Wilke, Sebastianstr. 39:

Gemeinde-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Gemeindeangelegenheiten. 2. Wahl des zweiten Vorsitzenden. 3. Verschiedenes. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht.

Der Vorstand.

Nachruf!

Allen Genossinnen und Genossen die traurige Nachricht, daß wir wieder einen unserer Besten, unseren Genossen

Otto Jaffe

im Alter von 43 Jahren als weiteres Opfer dieses unseligen Weltkrieges zu beklagen haben.

Unter selbstloser Einsetzung seiner ganzen Person, mit voller Hingabe war unser ehemaliger Bezirksleiter Otto Jaffe ein treuer Streiter für das Proletariat. Für die Mitglieder des Bezirkswahlvereins Lichtenberg war er ein vorbildliches Beispiel rastloser Tätigkeit und treuer Pflichterfüllung. Unermüdet kämpfte er für die Ideale und Forderungen des Sozialismus, gleichviel, ob als Genosse, Bezirksleiter oder Stadtverordneter, stets dabei nur das Gemeinwohl im Auge behaltend. Viel zu früh und unerwartet wurde er für die besten Mannesalter, nachdem er schon seine Gattin dem Schattenreich opfern mußte, uns entzogen.

Wir werden Dir alle ein ehrendes Andenken bewahren! Wir versprechen in Deinem Sinne weiter zu wirken für die sozialistischen Ideale der Volkerverbrüderung.

Die Bezirksleitung des Bezirkswahlvereins Lichtenberg. Die sozialdemokr. Stadtverordneten-Fraktion Unabhängige Sozialdemokratische Partei.

Rauchklub „Ohne Zwang“.

(M. d. A. R. V. Berlins und Umgegend.) Am 8. November 1917 verstarb unser alter braver Klub- und Bundesbruder, der Restaurateur

Wilhelm Sparr

Weinstraße 28,

nach einem langen, leidvollen Krankenlager. Sein treues Festhalten an altbewährte Grundsätze für die gerechte Sache des werktätigen Volkes sichert ihm in unseren Reihen ein ehrenvolles Gedächtnis.

N.B. Der Klub hält von jetzt ab seine regelmäßigen Sitzungen bei Wolf, Hühnerstr. 10, ab.

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

Wahlverein Neukölln.

Als Opfer des Krieges haben wir zu beklagen den Genossen

Otto Kieser

Pannierstr. 16, 8. Bezirk.

Am 15. Juni fiel auf einem der Kriegsschauplätze unser Genosse

Gustav Junker

Mareschstr. 15, 11. Bezirk.

Ehre ihrem Andenken!

Nachruf.

4. Wahlkreis.

Am 8. November verstarb unser langjähriges Mitglied, der Gastwirt

Wilhelm Sparr

Weinstr. 28, Bez. 883.

6. Wahlkreis.

Am 31. Oktober verstarb unsere Genossin, Frau

Marie Kalle

Rostocker Str. 40, 14. Abt., Bez. 690a.

Am 3. November verstarb unsere Genossin, Frau

Anna Jostalla

Müllerstr. 184, 22. Abt., Bez. 771a.

Am 4. November starb unser Mitglied, der Schlosser

Hermann Lerch

Erststr. 68, 16. Abt., Bez. 750.

Wahlverein Neukölln.

Durch den Tod verloren wir unseren Genossen

Emil Seheran

Weißstr. 86, 16. Bez.

Sozialdem. Wahlverein Nieder-Barnim. Bezirk Neuenhagen.

Am Freitag, den 26. Oktober, starb plötzlich an einem Leiden, welches er sich im Felde zugezogen hatte, unser langjähriger Kassierer

Gustav Vankrah.

Ehre ihrem Andenken!

Die Welle der Volkserbitterung in Rußland.

Der in Stockholm erscheinenden russischen Korrespondenz „Pravda“ (Wolfschweide) entnehmen wir folgende Schilderung:

Seit einem Monat wälzt sich durch Rußland eine steigende Welle des Volkszornes. Sie schäumt in den Arbeiterquartieren, sie verwüßt die Felder und brandet an die Front heran.

Rußland geht darfsüß herum. Aber im Moskauer Rayon stehen die Lederfabriken still. Die kapitalistische Presse schäumt deswegen gegen die Arbeiter. Sie freizigt nur anzugeben, weshalb die Lederarbeiter streiken. Sie greifen, weil die Herren Fabrikanten in der Revolution, die der Pariser Selbstherrschafft ein Ende bereitet hat, die Selbstherrschafft des Kapitalismus proklamieren haben und über Anstellung, wie Kündigung der Arbeiter selbst bestimmen wollen. Das wollten sich die Arbeiter nicht gefallen lassen. Nirgend haben sie sich der Entlassung widersetzt, wo sie notwendig war, wenn man den Betrieb nicht aufrecht erhalten konnte. Aber sie wollen nicht zulassen, daß kapitalistische Willkür über das Brot des Proletariats entscheidet, daß es ihr erlaubt sei, politisch mißliebige Arbeiter auf das Pflaster zu werfen. Aber die Herren im Hause geben nicht nach. Und die Regierung der russischen Revolution schreitet gegen die übermächtigen Kapitalisten nicht ein. Somit ruht die Arbeit in den Lederfabriken, die Arbeiter hungern, die Armee und Bevölkerung leidet Mangel an Schuhen, aber die Kapitalisten hoffen dabei noch ein gutes Geschäft zu machen. Sie können doch angesichts des Mangels an Leder die Preise noch mehr erhöhen.

Der Herbst hat schon die langen Abende gebracht. Petroleum ist in der russischen Kleinstadt und im Dorfe das einzige Beleuchtungsmittel. Ein großer Teil der russischen Eisenbahnen und Fabriken ist auf die Heizung mit Mineralölen eingerichtet. Die Armee bedarf Benzin. Aber die ausländischen und russischen Petroleumherren beginnen jetzt mit den Arbeitenden denselben Kampf um das Herr-im-eigenen-Hause-System wie die Lederfabrikanten. Das Resultat: Streik in den Petroleumraffinerien von Baku, ein Streik, der sich über dem vulkanischen Boden des kaukasischen Petroleumdistrikts leicht in eine stürmische Bewegung umsetzen kann.

Seit den ersten Tagen der Revolution gärt es in den Gruben des Donezgebietes. Die Kapitalisten, die am Kriege Milliarden verdient haben, erklären jede Forderung der Arbeiter als unerfüllbar. Die Regierung sendet eine Kommission nach der andern, kommt jedoch nicht dazu, zusammen mit den Vertretern der Arbeiterschaft Sätze über die Arbeitsbedingungen auszuarbeiten. Ja, sie greift nicht ein, wenn die Arbeiter mit Beweisen an der Hand zeigen, daß die Kapitalisten unter dem Vorwand des Mangels an Betriebsmitteln und Rohstoffen, Fabriken schließen, obwohl nichts, was für den Betrieb nötig ist, fehlt. So streiken wieder hunderttausend Arbeiter im Donezgebiet, obwohl der Mangel an Kohle direkt katastrophalen Umfang annimmt.

Schon brach der Streik der Eisenbahner aus und wurde mit Mühe und Not im letzten Augenblick wieder abgebrochen. Die bürgerliche Presse, die Organe des Sozialpatriotismus mit eingeschlossen, heult über den Verrat der Eisenbahner. Wie es aber zum Streik kam, das möge man aus dem Bericht des „Die Lo Naroda“ erfahren, des Zentralorgans der Sozialistischen Revolutionäre. Sieben Monate warten schon die Eisenbahner geduldig auf die Erfüllung der Versprechungen über die Besserung ihrer Lage, über die Festsetzung eines neuen Lohntarifs. Sieben Monate schon wandert diese Frage von einer Kommission in die andere. Und die Eisenbahner hungern bis zu diesem Tage und warten auf Hilfe. Und ihre Not ist groß. Die Masse der Eisenbahner hat nach so langem Warten endgültig das Vertrauen zu allerhand Kommissionen verloren, und dieses Wort allein genügt, um sie in Wallung zu bringen. Mit großer Mühe hielt die Leitung des Eisenbahnerverbandes die Mitglieder von Spontanen, systemlosen, separaten Aktionen einzelner Linien und Werkstätten zurück. Aber all das Zentralkomitee die vollkommene Unterstützung der Linienkomitees. Aber die Geduld der Eisenbahner, die jedes Vertrauen zu Mahnungen und Versprechungen verloren haben, war zu Ende. Von einer Versöhnung in die andere, von einer Linie in die andere sprang die Welle der aktiven Entrüstung über. Schließlich wurde noch eine Kommission unter der Leitung des Gehilfen des Ministers der Arbeit, Gwosdiens, gebildet, die einen Lohntarif ausarbeitete. Welch ungeheuren Luxus sie den Eisenbahnern zerkannte, ergibt sich daraus, daß die Mindestlöhne für die nichtqualifizierten Arbeiter 140 Rubel, die Höchstlöhne für die bequalifizierten Arbeiter keine 400 Hungerlöhne betragen, was bei der jetzigen Forderung Hungerlöhne bedeutet. Aber selbst diese Resultate der Arbeit der Kommission Gwosdiens wurden von der Regierung nicht akzeptiert, so daß es schließlich zum Streik kam, unter dessen Druck Herr Kerenski sich schließlich daran erinnerte, daß man mit der Gewalt allein nicht herrschen kann.

Noch schlechter ist die Lage im Dorfe. Dem Bauer hat die Revolution nichts gegeben. Sie verspricht ihm Land und Freiheit. Aber mit bloßen Versprechungen läßt sich der Bauer schwerlich zufriedustellen. Da hat ihn seine Erfahrung schon zu viel bitterer Lehren hinterlassen. Nun sieht er, wie die reichen Bauern im Einkommen mit den Großgrundbesitzern sich an den Höchstpreisen für Getreide bereichern, während er Brot für teures Geld zukaufen muß. An vielen Orten verlassen die Junker ihre Besitzungen aus Angst vor den Bauern. Aber wehe dem Habentischen, der ihren

Acker bestellen wollte. Die Soldatenfrauen können den Acker nicht bearbeiten, weil ihnen die Arbeitskraft fehlt. Aber die Kriegsgefangenen werden in erster Linie den Junkern zur Verfügung gestellt. Bisher zahlten die Junker den Kleinbauern und Landarbeitern, die ihnen anshalfen, in Natura, mit Getreide. Seitdem aber der Rubel ununterbrochen im Werte fällt und man angesichts des Mangels an Produkten des Massenverbrauchs nichts kaufen kann, gehen die Junker zum Geldlohn über. Die Regierung predigt den Bauern ununterbrochen Geduld bis zur konstituierenden Versammlung. Nun, die russischen Bauern haben wohl die Gesichte der französischen Revolution nicht gelesen, sie wissen nicht, daß der, der seinen Besitz gepflegt hat, sie könnten es zwar nicht historisch beweisen, daß die Nichtbestehenden bisher immer vor Parlamenten nur das Zugebilligt bekamen, was sie schon selbst erobert haben. Aber sie sehen, daß sie wegen jedes Altes gegen die heiligen Rechte des junkerlichen Besitzes mit Gefängnisstrafen belegt werden, daß man gegen sie Kosakenexpeditionen organisiert. Da sagen sie sich: die Herr in der Stadt wollen uns wieder betrügen. Und so geht über halb Rußland eine Welle der Bauernprogramme. Im Gouvernement Tambow, Saratow, Kurland, Kasan, in Wolynien, Podolien usw. bemächtigen sich die Bauern des junkerlichen Grundbesitzes, sie plündern das Inventar, wobei es oft unter den Teilnehmern der Junkerexpropriation selbst zu Kämpfen kommt. Oft geben das Signal zu den Junkerprogrammen Unruhen, an einzelnen Stellen sollen kriminelle Elemente sich eingemischt haben, denen es natürlich um das Frische im Trüben geht. Die Regierung mobilisiert überall gegen die Bauern die Kosaken, wobei sie bei ihnen auf den sozialen Gegensatz spekuliert, in dem diese sich als Vertreter des wohlhabenden Bauerntums zu den armen plündernden Bauern befinden. Die Szenen der „Verhöhnung“ der Bauern durch die Kosaken, die sich zum Beispiel im Bezirk Kostom abspielte haben, erinnern vollkommen an die Strafexpedition des zarischen Regimes im Jahre 1905/6. Die Kosaken haben die Bauern niedergestochen, ihre Frauenvergewaltigt, so daß die Gefahr bestand, daß die Infanterieregimenter, die in der Nähe stationiert waren und von diesen Heldenjungen der Schützlinge und Beschützer des Kerenski-Regimes erzöhnten, den Kosaken eine regelrechte Schlacht lieferten. Kurz und gut: während bisher durchschnittlich 70 Fälle agrarischer Unruhen monatlich vorliefen, sind in der zweiten Hälfte des Septembers nicht weniger als 267 Fälle vorgekommen. Wir brauchen nicht erst zu betonen, daß bei diesen Unruhen eine Unmenge von Gütern vollkommen verunstet wird, daß die Unruhen nicht imstande sind, irgendwelche planmäßige Einteilung des junkerlichen Bodenbesitzes herbeizuführen. Die Agrarreform erfordert einen Plan für das ganze Reich. Aber die Unruhen sind ein Symptom der unhaltbaren Lage. Würde die provisorische Regierung den Grund und Boden konfiszieren haben, würde sie lokale Bezirks- und Gouvernementsbauernkomitees gebildet haben, die provisorisch unter Leitung der Agrarwissenschaftler den Boden bewirtschaften könnten, bis die konstituierende Versammlung über die Besitzformen beschließen würde, die Bauernunruhen könnten zum großen Teil verhütet werden. Jetzt wird das Getreide, das den Städten und der Armee fehlt, verbrannt und Herr Kerenski mit seinem Trost der Sozialistischen Revolutionäre, die die Interessen der Bauern ebenso verraten haben, wie die Menschewitsch die Interessen der Arbeiter, leistet sich den Luxus, noch einmal zu beweisen, daß der Grad der Bauernkultur in Rußland niedrig ist.

Das Friedensprogramm der revolutionären russischen Demokratie.

Das Bulletin des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Zentralexekutivkomitees der Arbeiter- und Soldatenräte veröffentlicht nachstehend den vollständigen Wortlaut des Friedensprogramms, das vom Zentralexekutivkomitee der Arbeiter- und Soldatenräte ausgearbeitet wurde. Nach dem Märzmanifest, durch welches die russische Revolution den Völkern ihre Friedensformel „Friede ohne Annexionen und Kontributionen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker“ kundgab, ist es seiner Bedeutung nach das zweite historische Dokument der russischen Demokratie. Das erste Mal handelte es sich darum, die Prinzipien zu entwerfen, jetzt werden diese Prinzipien in konkreten und genau umschriebenen Vorschlägen formuliert, die als Basis einer demokratischen Verständigung der Kriegsführenden dienen und so dem Weltmorden ein Ende bereiten könnten.

Was diesem Dokument eine besondere Bedeutung verleiht, ist, daß es als Programm dem Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte dienen wird, der sich als Mitglied der Delegation der Provisorischen Regierung zur interalliierten Konferenz nach Paris begibt; diese Konferenz ist auf die russische Initiative hin zur Revision der Kriegsziele zusammengerufen worden. Es ist ein Zeichen der Zeit, daß man zum ersten Male in einer Versammlung der Diplomaten die Stimme eines wahren Vertreters der revolutionären Demokratie hören wird.

Auf den Inhalt dieses Programms werden wir wohl Gelegenheit haben, zurückzukommen. Heute begnügen wir uns mit der Feststellung: die russische Republik gewährt Polen, Litauen und Livonien, aber auch Persien und Armenien, die ganz oder teilweise von ihren Truppen besetzt sind, das Recht, in vollständiger Freiheit selbst über ihre Geschichte zu entscheiden; und die russische Republik wendet sich an ihre Alliierten und die Kriegsführenden überhaupt, mit der Aufforderung, ihrem Beispiele zu folgen.

Wir verkennen nicht die Widerstände, auf die dieses Friedensprogramm der Arbeiter- und Soldatenräte bei den imperialistischen Regierungen und der Bourgeoisie aller Länder stoßen wird. Die Aufnahme dieses Programms durch die nationalistische Presse Petrograds, die nicht nur die Meinung der russischen imperialistischen Kreise, sondern auch der ganzen Entente wiedergibt, ist nichts als eine Einleitung zu den wünschenswerten Artikeln, die unsern Friedensprogramm vom großen Teile der Pariser, Londoner, Römischen und Washingtoner Presse gewidmet sein werden.

Wir sehen das alles voraus und doch glauben wir, daß der Schritt der Arbeiter- und Soldatenräte einen gewaltigen Widerhall in den Massen der Ententeländer finden wird. Denn, über die Köpfe der Diplomaten, die in der französischen Hauptstadt das gemeinsame Programm der Alliierten erörtern werden, wenden sich die Arbeiter- und Soldatenräte mit einem glühenden Appell an die Volksmassen, von deren Initiative sie vieles erwarten, damit das Programm, das jetzt das Programm Rußlands ist, zum Programme aller Kriegsführenden wird.

Die russische Revolution, die einen baldigen Frieden erstrebt, sucht nicht nur sich selber, sondern auch die ganze Menschheit zu retten.

Das Zentralexekutivkomitee der Arbeiter- und Soldatenräte hat folgende Direktiven für die Delegation der russischen Demokratie zur Alliierten-Konferenz angenommen:

Der Vertrag und namentlich die darin enthaltenen Kriegsziele müssen veröffentlicht werden. Der Vertrag muß auf dem Prinzip: „Friede ohne Annexionen und Kontributionen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker“ aufgebaut werden.

Die territorialen Fragen:

1. Die Räumung der von den deutschen Truppen besetzten russischen Provinzen ist eine unerlässliche Bedingung des Friedens. Rußland gewährt Polen, Litauen und den baltischen Provinzen vollständiges Selbstbestimmungsrecht.
2. Das türkische Armenien bekommt volle Autonomie; Selbstbestimmungsrecht wird ihm gewährt, nachdem im Lande Lokalverwaltung eingerichtet und die internationalen Garantien geschaffen sein werden.
3. Die elbisch-lithuanische Frage soll durch Befragung der elbisch-lithuanischen Bevölkerung selbst geklärt werden, unter der Bedingung vollkommener Selbstverwaltungskörper organisiert werden, nachdem die Provinz von den Truppen der beiden Koalitionen geräumt sein wird.
4. Belgien wird in den alten Grenzen wieder hergestellt werden. Der Schadenersatz soll aus dem internationalen Fonds erfolgen.
5. Serbien und Montenegro werden wieder hergestellt und erhalten auf dem internationalen Fonds materielle Hilfe. Serbien muß Zugang zum Adriatischen Meer gewährt werden. Bosnien und die Herzegowina bekommen Autonomie.
6. Die umstrittenen Gebiete auf dem Balkan erhalten provisorische Autonomie, worauf ein Plebiszit erfolgt.
7. Rumänien wird in den alten Grenzen wieder hergestellt, unter der Bedingung, daß der Dobrußsch, welche provisorische Autonomie erhält, vollständiges Selbstbestimmungsrecht gewährt wird. Rumänien verpflichtet sich, sofort die Bestimmung des Berliner Vertrages in der jüdischen Frage zu verwirklichen, die Juden als gleichberechtigte rumänische Bürger anzuerkennen.
8. Die italienischen Gebiete Oesterreichs erhalten Autonomie, sodann aber wird die Frage der Staatsangehörigkeit durch Plebiszit gelöst.
9. Die deutschen Kolonien werden zurückgegeben.
10. Griechenland und Persien werden wieder hergestellt.

Die Freiheit der Meere:

Alle Meeresengen, die Eingang in die inneren Meere gewähren, werden neutralisiert; desgleichen Suez- und Panamakanal. Die Handelschiffahrt wird frei. Heute und Torpedierungsrecht der Handelschiffe wird aufgehoben.

Kontributionen:

Alle Kriegsführenden verzichten auf jeden Schadenersatz, sei es in offener oder versteckter Form (Gefangenenerhalt). Alle während der Kriegszeit erfolgten Kontributionen werden zurückerstattet.

Die ökonomischen Bedingungen:

Die Handelsverträge sollen nicht in den Friedensvertrag aufgenommen werden. Jede Partei ist in ihrer Handelspolitik autonom; in dem Friedensvertrag darf keiner Partei die Verpflichtung aufgedrängt werden, diesen oder jenen Handelsvertrag zu schließen oder nicht zu schließen. Doch sollen sich alle Staaten verpflichten, keine wirtschaftliche Blockade nach dem Kriege zu führen, keine separaten Zollverbände zu schließen und allen Staaten ohne Ausnahme die Rechte des meistbegünstigten Landes zu gewähren.

Friedensgarantien:

Der Friede wird auf dem Friedenskongress durch Bevollmächtigte der Selbstvertretungen geschlossen. Die Friedensbedingungen werden durch die Parlamente bestätigt. Die Geheimdiplomatie wird abgeschafft. Alle verpflichten sich, keine Geheimverträge zu schließen. Solche Verträge werden als im Widerspruch mit dem internationalen Rechte stehend und ungültig erklärt. Auch andere Verträge sind bis zu ihrer Bestätigung durch das Parlament ungültig.

Sukzessive Abrüstung der Land- und Seestreitkräfte. Der Übergang zum Mißsystem. Die von Wilson vorgeschlagene „Friedensliga“ kann zu einer wertvollen Vereinigung der internationalen Rechte werden, aber nur unter den Bedingungen, daß 1. alle Staaten und mit gleichen Rechten an dieser Liga teilnehmen und 2. die auswärtige Politik, wie oben angedeutet, demokratisiert wird.

Die Wege zum Frieden:

Wie konkret die Kriegsziele auch formuliert sein mögen, muß doch darauf hingewiesen und hervorgehoben werden, daß die Alliierten bereit sind, in Friedensverhandlungen zu treten, sobald die Gegenpartei sich damit einverstanden erklärt, unter der Bedingung, daß alle Parteien auf Gewaltübernahmen verzichten.

Die Alliierten verpflichten sich, keine geheimen Friedensverhandlungen zu führen und den Friedensvertrag nur auf dem Kongress unter Beteiligung aller neutralen Staaten zu schließen.

Außerdem sind den Delegierten noch folgende Direktiven erteilt worden:

Es müssen alle Hindernisse zur Einberufung der Stockholmer Sozialistischen Konferenz beseitigt werden, insbesondere müssen sofort den Delegierten aller Parteien und Fraktionen, die sich an der Konferenz beteiligen wollen, die Pässe gewährt werden.

Die dritte Zimmerwalder Konferenz.

In der Zeit vom 5. bis 12. September fand in Stockholm die lange vorher angekündigte und immer wieder verschobene dritte Konferenz der Zimmerwalder Vereinigung angeschlossen Parteien statt. Auch diese Konferenz hatte ähnlich wie die vom holländisch-skandinavischen Komitee einberufene ihre Leidensgeschichte. Ursprünglich zum 31. Mai angesetzt, wurde sie immer wieder vertagt, weil sie vor der allgemeinen internationalen Konferenz, an der sich auch die Mehrzahl der Zimmerwald-Parteien beteiligen wollten, fortgesetzt neue Hindernisse aufstürzten. Diese Hindernisse sind bis heute nicht überwunden worden, — womit freilich die Idee der allgemeinen Konferenz selbst keineswegs als endgültig abgetan zu betrachten ist. Schon aus dieser Sachlage ergab sich die Notwendigkeit, unabhängig von den weiteren Schicksalen der bisher vereitelten allgemeinen Konferenz die geplante Beratung der Zimmerwald-Parteien ins Werk zu setzen.

Auch diese Parteien waren freilich nicht vollständig vertreten. Die Zimmerwalder in England und Frankreich und die sozialistische Partei Italiens wurden durch dieselben Pässewierigkeiten am Erscheinen verhindert, die die Reise der sozialistischen Delegierten nach Stockholm und damit die allgemeine Konferenz selbst unmöglich machten. Es nahmen an den Beratungen teil die Vertreter der sozialistischen Minderheiten Deutschlands, Oesterreichs, Amerikas und der skandinavischen Länder, ferner die Delegierten der sozialdemokratischen Parteien Rußlands, Finnlands, Polens, Rumäniens, Bulgariens und der Schweiz. Das Ausbleiben der französischen, englischen und italienischen Delegierten rief indes eine empfindliche Lücke in die Reihen der Konferenzteilnehmer, eine Lücke, die um so mehr ins Gewicht fiel, als namentlich die Italiener und Franzosen an den Konferenzen in Zimmerwald und Nienhofen lebhaften Anteil nehmen konnten.

Daß das Ausbleiben dieser Genossen die dritte Zimmerwalder Konferenz nicht vereitelte, während die allgemeine Konferenz durch ähnliche Schwierigkeiten verhindert wurde, liegt daran, daß den beiden Konferenzen zwei verschiedene Aktionsmethoden zugrunde liegen. Die Zimmerwald-Parteien sind in allen Fragen ihrer äußeren und inneren Politik im großen und ganzen einig — wenigstens es auch unter ihnen verschiedene Schattierungen und Gruppierungen gibt, die sowohl theoretische wie praktische Fragen betreffen. Sie stehen seit über zwei Jahren miteinander in enger Verbindung und kämpfen in gemeinsamer Front für die im September 1915 in Zimmerwald proklamierten Prinzipien, die im Grunde nichts anderes sind, als die über alle Stürme der Kriegszeit hinweg geretteten Prinzipien der sozialistischen Internationale, die noch kurz vor dem Weltkrieg auf den Kongressen in Stuttgart, Kopenhagen und Basel dem zum Kriege drängenden Imperialismus unverwundlichen Kampf angefangen hatte.

Handelte es sich also bei den gemeinsamen Besprechungen der Zimmerwald-Parteien um Beratungen von Genossen, die die Internationalität und Gleichartigkeit ihrer Gesinnung in ihrem gemeinsamen Kampf gegen den bürgerlichen Sozialismus und die Schaffung der Vorbedingungen für eine internationale Friedensaktion des Proletariats fortgesetzt zum Ausdruck zu bringen suchten, so stellt sich die zuerst vom holländisch-skandinavischen Komitee und dann zusammen mit den russischen Sowjets-Beretretern einberufene allgemeine sozialistische Konferenz ein anders geartetes Ziel. Auch hier handelt es sich um die Herbeiführung einer internationalen Friedensaktion des Proletariats. Aber bei dieser Aktion sollen sämtliche organisierten Kräfte des Proletariats in allen Ländern zusammengefaßt werden, nicht nur die, die ihren alten Klassenkampfcharakter nicht verleugnet haben, sondern auch die, die noch immer als Gefangene des Imperialismus an den Fesseln des Krieges geschnitten sind.

Entsprechend dem größeren Ausmaß dieser Aufgabe sind auch die Hindernisse auf dem Wege zu ihrer Verwirklichung bedeutender. Die arbeitenden Klassen haben in allen kriegsführenden Ländern ein so großes politisches und moralisches Gewicht erlangt, und jener Teil ihrer Führer, der im sozialpatriotischen Fahrwasser segelt, hat sich in solchem Maße mit der Regierung seines Landes liiert und die direkte oder indirekte Verantwortung für den Kriegsverlauf übernommen, daß die Frage der Wiedererneuerung einer Arbeiterinternationalen — und damit die Gefahr der Zersplitterung der Arbeitermassen von der nationalen Politik — für die Regierungen eine eminent praktische Bedeutung erlangt hat. Das Problem „Stockholm“ ist zu einem bedeutsamen Posten der Kriegspolitik der kämpfenden Mächte geworden und seine Behandlung wird auf der einen wie auf der anderen Seite nicht dem Willen des Proletariats selbst überlassen, sondern durchaus sinngemäß den allgemeinen Zielen der Kriegspolitik untergeordnet (wobei die unterschiedliche Behandlung der Vorfälle im Prinzip eine untergeordnete Rolle spielt). Dies um so mehr, als die bestehenden Klassen in allen Ländern die weittragenden sozialen Konsequenzen eines durch internationale proletarische Aktionen herbeigeführten oder beschleunigten Friedens — im Gegensatz zu leider noch immer im Kriegstaumel verharrenden großen Schichten des Proletariats — keineswegs gering schätzen und deshalb alle Maßnahmen begünstigen, die die Stockholmer Konferenz zu einem Werkzeug der imperialistischen Politik zu machen oder gänzlich zu hintertreiben geeignet sind.

Ungeachtet dieser Hindernisse hat die Idee der allgemeinen Konferenz unlegbar große Fortschritte gemacht. Unter dem direkten Einfluß der russischen Revolution und ihrer Abgesandten hat die Mehrheit der bisher scharf ablehnenden englischen und französischen Arbeiter sich für Stockholm entschieden. Das Abflauen der russischen revolutionären Bewegung im Juli hat die Friedensbewegung im Westen zeitweilig verlangsamt und der „Diplomatie“ der Führer wieder größeren Spielraum gegeben. In den diplomatischen Verhandlungen der Führer, denen der mächtige Antriebs der Massen fehlt, ist die Stockholmer Konferenz nicht minder gescheitert, wie an der Passverweigerung der Ententeregierungen, die ihrerseits nur möglich geworden war, weil die Massen sich noch immer nicht aus der Lähmung des Kriegszustandes emporgerafft haben.

Dieser Situation standen die Delegierten der Zimmerwald-Parteien bei ihrer Stockholmer Konferenz gegenüber. Wenn es unter ihnen auch Genossen gegeben haben mag — vornehmlich die, die sich um die russischen Volksgewalt gruppierten —, die das Scheitern der allgemeinen Konferenz mit Befriedigung konstatierten, so wird sich die Mehrzahl der Delegierten kaum der Illusion hingeben haben, daß eine zudem noch lückenhafte Konferenz der sozialistischen Minderheiten jene Kräfte auszulösen vermöchte, die eine allgemeine sozialistische Konferenz gegen den Willen der dort anwesenden Sozialpatrioten in allen Ländern zur Wirksamkeit gerufen hätte.

Mit dieser harten Tatsache galt es sich aber vorläufig abzufinden. Wieder und wieder galt es, sich ins Gedächtnis zurückzurufen, daß eine internationale sozialistische Friedensaktion keine mechanische Zusammenfassung von Führern voraussetzt, die sich gegenseitig „Amnestie“ erteilen und eine diplomatische „Verständigung“ herbeiführen, sondern nur das Ergebnis eines in die Tiefe dringenden Prozesses der Mobilisierung aller vorhandenen Friedenskräfte sein kann.

Dieser Prozeß mit allen Mitteln zu fördern, hat die dritte Zimmerwalder Konferenz sich zur Aufgabe gestellt. Sie setzt damit nur fort, was die Konferenzen in Zimmerwald und Nienhofen begonnen haben, die dem internationalen Proletariat die Wege aus dem blutigen Nebel des Weltkrieges wiesen. Ihre Arbeit ist nicht fruchtlos gewesen: in allen Ländern scharen sich immer größere Massen um das Banner der sozialistischen Internationale.

Ueber das Ergebnis der Verhandlungen der dritten Zimmerwalder Konferenz hat die Internationale Sozialistische Kommission einen Bericht herausgegeben, dessen wesentlicher Inhalt nach der „Wiener Arbeiterzeitung“ folgender ist:

In dem Bericht wird auf die Einigkeit in der praktischen Stellung zu den Ereignissen hingewiesen, die in der einstimmigen Annahme einer Rundgebung Ausdruck fand. Der Bericht führt weiter aus, daß die Erlösung der Welt vom Völkermord das eigene Werk der Arbeiterklasse sein müsse und nicht das einer „heiligen Allianz zwischen Papst und Regierungen“, die in den Augen der nicht aufgeklärten Volksschichten den reaktionären Mächten einen Nimbus der Menschheitsfreundlichkeit verleihen würde. Die Hoffnung auf einen „von päpstlicher, dynastischer und sozialpatriotischer Seite geschenkten Frieden“ könne die Hehelei nur ins Unendliche verlängern, während ein solcher Friede nur neue Kriegseime in sich bergen, die Kriegslasten auf die hungernden Massen wälzen und das Klassenbewußtsein in diesen Massen beeinträchtigen würde.

Die Berichte der einzelnen Länder über die Zimmerwalder Friedensbewegung, wird weiter gesagt, hätten überall auf einen wachsenden Kampfsgeist hingewiesen.

Zum Schluß wurde eine Kommission gebildet,

deren Beschluß von den Konferenzteilnehmern einstimmig angenommen wurde.

Im Anhang wird über die der Konferenz folgende Frauenbesprechung berichtet, die gleichfalls einen Fortschritt der Aktion der auf der Grundlage der Berner Beschlüsse von 1915 geeinigten sozialistischen Frauen der verschiedenen Länder gezeigt habe. An Klara Zetkin wurde eine Begrüßung gesendet, der sich auch die französischen, italienischen und finnischen Frauen angeschlossen haben. Für die Herausgabe einer neuen „Gleichheit“ als eines internationalen Organs unter Klara Zetkins Leitung werden in allen Ländern Sammlungen veranstaltet.

Der Würzburger Parteitag der italienischen Sozialdemokratie.

Die Verhandlungen des Würzburger Parteitages sind in der sozialistischen Presse Italiens mit großer Aufmerksamkeit verfolgt worden. Selbst während der erregten Kammeritzungen, auf die sich natürlich das ganze Interesse des Landes am stärksten konzentrierte, fand der „Avanti“ Zeit und Raum für eine ausführliche und aufmerksame Berichterstattung über den Kongress der deutschen Mehrheitssozialisten. Das Urteil über diese steht freilich für die italienische Sozialdemokratie schon seit langem fest. Und doch hat das Ergebnis dieser Parteitage in Italien auf Schwerste enttäuscht. Bereits in dem einleitenden Artikel stellt der „Avanti“ diesem Parteitag ein trübes Prognostikon: „Am 14. Oktober 1891 — so schreibt er — wurde in Erfurt ein Kongress eröffnet, dessen Ertrag das neue Parteiprogramm der geeinigten Sozialdemokratie Deutschlands war, ein Programm, das auch für die Parteien anderer Länder vorbildlich wurde. Genau nach 26 Jahren, am 14. Oktober 1917, findet in Würzburg der Kongress der sozialistischen Mehrheit statt, die sicherlich versuchen wird, dem deutschen Proletariat und der Arbeiterklasse der Welt zu beweisen, daß sie, um diesem Programm treu zu bleiben, jene Politik machen müßte, die nicht nur zur Spaltung der Partei, sondern auch zum Zusammenbruch der Internationale führte. Wir glauben nicht, daß Scheidemann und Gert, Dautz und Heine zur Verteidigung ihrer Politik viel Neues beibringen werden. Seit drei Jahren wird diese Politik aufs heftigste erörtert.“ Trotzdem nimmt sich der „Avanti“ vor, den Verhandlungen dieses „seltsamen sozialistischen Tribunals“ zu folgen, das sich versammelt hat, während in Deutschland der Belagerungszustand herrscht und die Zensur ihr strenges Regiment führt, durch die wir zwar keines Gedanken von Scheidemann und Genossen betraut werden, die aber jenen Anbetern der Disziplin, jenen Schwachen den Mund schließen werde, die zwar die Politik der deutschen Regierungsozialisten mißbilligen, aber aus Disziplin und Einheitsfetterschismus nicht aus der offiziellen Partei austreten wollen.“

Die weiteren Berichte enthalten sich jeglichen Kommentars und geben nur ein sachliches und leidenschaftsloses Referat der Debatten. Erst die Rede Scheidemanns gibt dem „Avanti“ wieder Gelegenheit zu einem zusammenfassenden Urteil, das allerdings vernichtend lautet: „Bisher — so schreibt das Blatt — bewegten sich die Verhandlungen des Parteitages auf einem recht tiefen Niveau. Ganz unerwarteter Weise erhoben sie sich mit einer Rede Scheidemanns, die sich durch ihre starke politische Berechnung auszeichnet, zu einer gewissen Höhe. Leider wird nur gerade diese Rede dazu bestimmt sein, jeden Zweifel über den Charakter der Mehrheit zu beseitigen. Was bereits aus den Reden zur Frage der Einheit und zur parlamentarischen Aktion hervorging, leuchtet aus der Rede Scheidemanns mit einer nie erreichten Klarheit auf: daß die deutschen Sozialisten der Mehrheit endgültig aufgehört haben, eine revolutionäre sozialistische Partei zu sein und lediglich eine national-soziale Parteigruppe gemorden sind.“ Bisher hätte man vielleicht noch einen Widerungsgrund in dem Prinzip der Vaterlandsverteidigung finden können, daß die Partei während des Krieges irre leitete. Nun aber beweist Scheidemanns Rede jedem, der sich noch irgendwelchen Illusionen hingeben möchte, daß Scheidemann und Genossen sich während des Krieges zu einer neuen Partei umgruppiert haben, die nichts mehr mit der alten revolutionären Sozialdemokratie zu tun habe. Die Liberalen würden über die Rede Scheidemanns begeistert sein. Der „Avanti“ schließt: „Es ist daher, nachdem sich nun mit Evidenz herausgestellt hat, daß sich die Mehrheit während des Krieges vom wahren Weg des Sozialismus entfernt hat und auch nach Friedensschluß nicht mehr auf ihn zurückkehren können noch wollen wird, begreiflich, daß das Organ der Unabhängigen Sozialisten mit einem entschiedenen Nein auf die vom Kongress angenommene Einigungsresolution geantwortet hat.“

Eine treffliche Kennzeichnung der Scheidemann'schen Sozialdemokratie befindet sich in der Baseler „National-Zeitung“ unter dem Titel „Verschleppte Krisen“. Wie dort die in Würzburg nunmehr offen eingeleitete Regierungspolitik der Partei beurteilt wird, geht aus folgenden Sätzen hervor:

„Die Sozialpatrioten haben sich als bürgerliche Reformpartei konstituiert; die Mauferung ist vollkommen, und in Scheidemann wächst ein deutscher Briand auf. Die Sehnsucht nach einer Koalition mit dem Bürgertum, die Schrockheit, mit der er sich von den „Unabhängigen“ trennt, das sind keine Zeichen inneren Kraftbewußtseins, wenn er auch mit lebhaftem Temperament darüber hinwegzusprechen verstand. Er sieht darauf, mehr „praktisch“ als sozialistisch zu sein, er stellt ein demokratisches Reformprogramm auf, das jede wirklich liberale Partei unterzeichnen muß. Dabei wird deutlich, wie geringe Zufriedenheit der gegenwärtige Staatssozialismus der Kriegswirtschaft gemerkt hat und wie sehr man in Würzburg befürchtet, daß das Volk seine Enttäuschung hierüber dem Sozialismus antreiben könne.“

Was wir hier lesen, wird also, wohl gemerkt, nicht von einem Blatt der bösen Unabhängigen deutschen Sozialdemokratie, sondern von einer bürgerlichen Schweizerzeitung geschrieben, der man ganz gewiß keinerlei Voreingenommenheit gegen die Scheidemannier oder für die Unabhängigen Partei nachsagen kann.

Russische Proteste gegen den Haub der „Neuen Zeit“.

Wie wir aus dem Stockholmer Sowjet-Bulletin ersehen, hatten die russischen Vertreter in Stockholm, die Genossen Angelrod und Goldenberg schon am 9. Oktober in einem längeren Telegramm an die Letzburger Volkszeitung ihren Protest anlässlich des Gewaltstreiks des Parteivorstands gegen die Redaktion der „Neuen Zeit“ zum Ausdruck gebracht. Selbstverständlich ist auch die Parteipresse in Russland im höchsten Grade empört über die Umwandlung des führenden wissenschaftlichen Organs der Internationale in ein Filial-Unternehmen des „Globe“-Konkordiums. So schreibt Genosse W. Kosanow, Redakteur der „Iswestija“, des Organs der R- und S.-Räte, in der russischen Parteipresse:

„Kautsky aus der „Neuen Zeit“ zu entlassen, ist etwa gleichbedeutend mit dem „Ausschluss“ Pasteurs aus dem Pasteur-Institut oder Puschkins aus der russischen Literatur. Daß dieser Herostratenstreich von Leuten vollbracht wurde, von denen niemand wissenschaftliche Verdienste oder einen Namen in der Literatur besitzt, ist vollkommen verständlich, da sie sich sonst durch einen solchen Beschluß nicht kompromittiert hätten.“

Ueber den politischen Charakter dieses Gewaltstreiks schreibt Kosanow:

„Der Gewaltstreik gegen das wissenschaftliche Organ der Sozialdemokratie setzt einer langen Reihe von ähnlichen Gewalttaten die Krone auf, die seit die gesamte Parteipresse der Opposition entrisen und den Nationalsozialisten in die Hände gespielt haben. Sie begannen mit dem „Vorwärts“, wurden fortgesetzt bei der „Gleichheit“ und endeten nun bei der „Neuen Zeit“.“

In der deutschen Sprache werden derartige Akte mit „unerhört“ bezeichnet. In der Lat. unerhorat! Und wenn man jetzt sich selbst an Kautsky herangewagt hat, so beweist das, daß man jetzt im Kampf gegen die Opposition beschloßen hat, absolut keine Rücksicht walten zu lassen.“

Die holländischen Parteigenossen werden fleißig weiter für eine eventuell von Kautsky herausgegebene neue Zeitschrift. Bisher haben sie bereits 112 Abonnenten gesammelt, wie „Het Volk“ vom 24. Oktober meldet. Die Genossen Anfermit, Van der Goes und Vliegen nehmen die Anmeldungen entgegen und beauftragen den Parteibuchhandel „Ontwikkeling“ mit der Ausführung der Anmeldungen.

Zwei Jahre Zuchthaus für Flugblattverteilung.

Wie die „Bergrische Arbeiterstimme“ mitteilt, ist Verta Thalheimer, die Schwester des früheren Parteiredakteurs in Göttingen und Braunschweig, Dr. Thalheimer, vom Reichsgericht in Leipzig nach sechsmonatlicher Untersuchungshaft zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Der Rechtsanwalt hatte vier Jahre Zuchthaus beantragt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Gegenstand der Anklage bildete die Verbreitung zweier Spartakusbriefe und einiger gleichgerichteter Flugblätter.

Aus dem Bezirk Waterkant.

In den Werftorten an der nordischen Waterkante ist eine Lohnbewegung zu Ende gegangen, in der auch die kaiserlichen Werften in Kiel und Wilhelmshaven einbezogen waren. Den Arbeitern sind überall so geringe Lohnaufbesserungen zuteil geworden, daß eine Reihe von Versammlungen durch die Gewerkschaftsbeamten nur schwer dazu gebracht werden konnten, die Zugeständnisse anzunehmen. In Hamburg und Bremen lehnten die Werftarbeiter es ab, sie anzuerkennen. Gleichwohl werden sie ihnen ausgezahlt, da die Mehrzahl der Werftorte und die Vorstände der Gewerkschaften akzeptierten. Natürlich blieb es für die Arbeiter kein Geheimnis, wie glänzend die Werftkapitalisten hener verdienen, wie sie ja auch wissen, welche Profite für die Zeit nach dem Kriege in Aussicht stehen. Werden sie doch den größeren Teil dessen, was von den Reichlichen für den Wiederaufbau der Handelsflotte vom Reichstag bewilligt wurde, in erster Linie mit den Reedern, nicht etwa mit den Arbeitern teilen.

Die Regierungssozialisten sind voll guter Hoffnung, wenn man ihren Wortführern glauben darf. So gab der Abg. Stolten im Hamburger ersten Reichstagswahlkreis der Hoffnung Ausdruck, daß die Feldgrauen, kämen sie nur erst wieder, gar bald mit den Führern der Unabhängigen Sozialdemokratie aufzuräumen würden. Läßt man sich durch solche großsprecherischen Äußerungen jedoch nicht verblüffen, so ergibt sich aus der Tatsache, daß sowohl in der Versammlung im ersten Hamburger Wahlkreis, wie auf der Delegiertenversammlung des dritten Hamburger Reichstagswahlkreises bei der Berichterstattung über die Verhandlungen des Würzburger Parteitages nur wenig Lust zur Diskussion hervortrat. Weil alles zufrieden war, entgegneten die Stolten und seinesgleichen. So läßt du ut! pflegt man auf solche Entgegnungen hier oben zu antworten. Wahrheit ist, daß die Masse der Arbeiter in diesen Versammlungen einfach nicht zugegen war oder ebenso wie auf dem Parteitag vertretet war, nämlich durch Leute, deren Denken und Fühlen keineswegs mit dem der Masse identisch ist.

In Kiel soll nächstens ein wenig Stadtverordnetenwahl vorgenommen werden. Schon hatten sich die Regierungssozialisten, die Adler, Poller usw., mit einem bürgerlichen Verein über die Verteilung der Mandate verständigt, als die Unabhängigen ihnen das saubere Spiel verbarben, indem sie beschloßen, sich gleichfalls an der Wahl zu beteiligen und zwar, indem sie auf eigene Kraft vertrauen. In einer Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins mußten die

Führer der Regierungssozialisten dann obendrein zu ihrem Schmerz erfahren, daß selbst die Arbeiter, die ihnen bisher noch gefolgt sind, von der Teufelsmchetelei mit den Bürgerlichen nichts wissen wollen. Sie lehnen es ab, das Wahlabkommen gutzuheißen. In der Diskussion wurde gar die Befürchtung laut, die Unabhängigen könnten Stimmen bekommen, die die Herren Adler und Poller eigentlich für sich in Erbpacht genommen zu haben glaubten. Man sieht, es ist eine böse Welt. Das Unkraut, als das die Regierungssozialisten die Unabhängigen am liebsten bezeichnen, gedeiht noch immer. Und wie wäre es erst, wenn die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ und der bürokratische Apparat nicht in den Händen der Sozialpatrioten wären!

Neuerdings begannen sich selbst in Harburg, allwo der Redakteur Schubert in regierungsozialistischem Annexionismus macht und Herr Friedrich Leise, der Marxist von ebendem und jetzige Angestellte von der Volksfürsorge Reichstagskandidat ist, langsam und zaghaft, aber doch merklich die Weiser zu regen. Etwa vierzig Genossen sind es bereits, die erklärtermaßen auf dem Boden der Unabhängigen Sozialdemokratie stehen. Hoffentlich kommen sie nun auch bald dazu, sich organisatorisch zusammenzuschließen. Harburg, Wilhelmshaven usw. ist alter guter Boden für den Sozialismus, wie er in Würzburg von den Regierungssozialisten verabschiedet wurde.

Ein Gleiches gilt für Verden a. d. Aller. Auch hier gibt es, vornehmlich unter den Tabakarbeitern, eine Anzahl Unabhängiger, die sich leider nur noch nicht von denen zu trennen getrauten, mit denen sie innerlich längst nichts mehr verbindet. Ober was könnte sie mit einem Fris Daply länger verbinden, der so lange mit den Unabhängigen ging, als sein winziges Einkommen als Zeitungsexpedient nicht gefährdet war, der aber sofort bereit war, unter jedes laubdünne Joch der Regierungssozialisten zu kriechen, als in Aussicht stand, daß er fürderhin die „Bremer Bürgerzeitung“ nicht mehr würde vertreiben dürfen, wenn er sich den Unabhängigen auch organisatorisch anschloß? „Es gilt Farbe zu bekennen“, orafelte der Numpfparteivorstand. Ganz recht! Es wird Zeit, ihr Freunde an der nordischen Waterkante, daß ihr das, ohne jede Rücksicht tut.

Groß-Berliner Chronik.

Ernährungsfragen waren es wieder einmal, welche die letzte Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 1. November zu verhandeln hatte. Die unabhängige sozialdemokratische Fraktion gab den Anlaß durch einen Antrag, den Magistrat erneut zu veranlassen, für eine Sicherstellung der Ernährung der Berliner Bevölkerung mit aller Entschiedenheit zu sorgen und von Zeit zu Zeit zu berichten. Auch die Freie Fraktion hatte einen Antrag gestellt, der eine reichlichere Belieferung Berlins wünschte. Von unseren Rednern Eichhorn und Ad. Hoffmann wurde das Kriegselend im allgemeinen und das Berlins im besonderen aufgezeigt und nachgewiesen, wie schwer die breiten Massen der Bevölkerung Not leiden im Gegensatz zu den bemittelten Kreisen, die infolge der Größe ihres Portemonnaies immer noch ganz gut leben können. Wenn auch in erster Linie die Reichshellen die Pflicht haben, für volle Erfassung der vorhandenen Vorräte zu sorgen, und so dem Schleichhandel am wirksamsten zu Weibe gehen können, so müsse auch der Magistrat mehr Energie aufbringen, um die übergeordneten Instanzen zu einer weniger fehlerhaften Ernährungspolitik zu bewegen, als das bisher der Fall gewesen. Die arbeitende Bevölkerung würde immer nur mit Versprechungen, Verirrtungen hingehalten, ohne daß ernsthafte Abhilfe geschähe. Durch hohe Preise ausgewuchert, durch schlechte Organisation der Verteilung besonders benachteiligt, das sei die Lage der breiten Massen, die Mangel und Not litten. Mit Redensarten sei da nichts zu machen, Taten müsse man endlich lehen.

Die bürgerlichen Fraktionen, der Oberbürgermeister und der Redner der Abhängigen nahmen den Magistrat in Schutz gegen die Vorwürfe, daß der Magistrat nicht genügend getan habe und sollten ihm alle Anerkennung. Der Fehler liege an den Reichshellen. Letzteres sagten auch unsere Redner, meinten aber, daß der Magistrat mit aller Deutlichkeit den zuständigen Behörden zu Gemüte zu führen habe, daß er es entschieden ablehnen müsse, die Verantwortung für die Zukunft zu übernehmen, wenn nicht durchgreifende Besserung geschaffen würde, die Verhältnisse seien so, daß die Arbeiter sich nicht länger an der Nase herumführen ließen, zumal doch in vielen Gegenden die Ernährungsverhältnisse besser seien als in Berlin. Es kam eine Entschloßung zustande, nach welcher der Magistrat alles tun soll, um eine reichlichere Ernährung und deren Sicherstellung für den Winter herbeizuführen.

Die Ernährungskommission, die anlässlich des Rüstungsarbeiterstreiks am 26. April gebildet worden war, spielte in der vorstehend skizzierten Debatte eine gewisse Rolle. Eichhorn hatte gemeint, diese Kommission habe nicht das Vertrauen der Arbeiter, die Einsetzung der Kommission sei nur eine Täuschung; sie sei übrigens auch nur mit Redensarten hingehalten und gegebene Versprechen seien nicht eingelöst worden. Dagegen wehrte sich der Oberbürgermeister, der erklärte, diese Behauptung sei unrichtig. Das Arbeiten mit dieser Kommission möchte er unter keinen Umständen wissen. Sie habe sich sehr bewährt, wenn auch in den stundenlangen Sitzungen sie dem Magistrat oft sehr heiß mache. Die Einrichtung sei von größter Bedeutung. Und die Kommissionsmitglieder seien doch die Vertreter der Arbeiter, auf deren Wohl der Magistrat keinerlei Einfluß habe. Dasselbe sagte auch Herr Koblenzer als Redner der Abhängigen. Die Aufregung des Herrn Oberbürgermeisters vermüß gegen den Genossen Eichhorn insbesondere gegen dessen Behauptung, gegebene Versprechungen sei nicht eingehalten worden, war nicht gerechtfertigt. Anfang

Juni dieses Jahres hat die genannte Ernährungskommission einer Konferenz der britischen Gewerkschaftsvorstände über ihre Tätigkeit berichtet. In dem Bericht, den Cohen erstattet hat, heißt es nach dem „Vorwärts“:

„Schlimm ist es mit der Kartoffelversorgung bestellt. In den letzten Wochen sind die gemachten Aussagen, 5 Pfund Kartoffeln pro Woche und Kopf zu liefern, nicht erfüllt worden. Viele Familien haben wochenlang Kartoffeln nicht erhalten, aber auch keine anderen Lebensmittel.“

Die gereizte Antwort des Oberbürgermeisters gegen Eichhorn war deshalb durchaus nicht am Plage. Die Ernährungskommission bestätigt also selber Eichhorns Behauptung. Wenn auch die Stadt Berlin an der Nichterfüllung der gemachten Zusage unschuldig ist, so kann doch die Tatsache selbst nicht geleugnet werden.

Zur Brennholzversorgung der Stadtbevölkerung hat der Pichtenberger städtische Nahrungsmittelausschuß beschloßen, 50 000 Raummeter Brennholz anzukaufen. In der letzten Sitzung wurde ferner beschloßen, einen der Stadt Nichtenberg angebotenen Waldbestand von 180 Morgen zum Preise von 150 000 Mark zu kaufen. Da etwa 8000 bis 10 000 Raummeter daraus gewonnen werden können, wird das Angebot für besonders günstig gehalten.

Beim Verkauf von Preßkohlen wird die Bevölkerung ständig übervorteilt. Man hat angenommen, daß ein Berliner Briketts 110 Stück sind. Und so kommt es, daß viele Kleinhändler die Kohlen nicht nach Gewicht, sondern nach Stück verkaufen und den gleichen Preis nehmen. In der Praxis stellt sich aber ein großer Unterschied im Gewicht und Größe der Preßkohlen heraus. In Rücksicht auf diese Übervorteilung ist, wie halbamtlich mitgeteilt wird, das Eichamt ersucht worden, durch vereidete Wäger und Messer entsprechende Feststellungen zu machen, über deren Ergebnis später berichtet werden wird. Es schweben ferner Erwägungen darüber, den Verkauf von Briketts nach Stückzahl oder von Koks nach Hektoliter völlig zu unterlagen und nur den Handel nach Gewicht vorzuschreiben, wie dies auch für Gemüse und Obst mit Erfolg bereits geschehen ist.

Die Englische Gasanstalt für 90 Mill. Mark erworben hat der Teitower Kreis. Auf dem Kreisrat regte sich zwar auch Opposition, allein die Kreisratvertreter stimmten mit allen gegen 3 Stimmen dem Kaufe zu. Die Einrichtung des Kreisratstages ist auch so eine vorläufige Einrichtung, welche die Rückständigkeit Preußens vorwerft.

Mit Beschaffung von Torf beschäftigen sich die städtischen Behörden. Bei Blankenburg sind schon Versuche zur Gewinnung von Torf gemacht worden. Ehe aber die zur Herstellung von Torf nötigen Maschinen beschafft werden können, wird der Winter vorüber sein.

Die Beschaffung von Schuwerk wird immer schwieriger und kostspieliger. Das trifft auch auf Reparaturen zu. Angesichts des bevorstehenden Winters ist Schuwerk genau so dringend nötig, wie Kleidung und Lebensmittel. Das in der Alt-Kleiderverwertungshalle vorhandene Schuwerk reicht nicht weit. Kriegerfamilien sollen sich an den Nationalen Frauendienst in dieser Angelegenheit wenden. Für die andere Bevölkerung, insbesondere für die arbeitende Bevölkerung, muß schleunigst Hilfe erfolgen. Einige Gemeinden haben bereits kommunale Reparaturwerkstätten geschaffen.

Auch kommunale Waschanstalten haben verschiedene Gemeinden geschaffen, um Wäsche zu waschen und auszubessern, allerdings nur für Frauen, die tagsüber beschäftigt sind.

In der letzten Sitzung der Berliner Armenverwaltung lagen zwei Anträge von Mitgliedern der unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion vor. Der eine Antrag hatte eine Zusammenfassung der Organisationen der freien Liebestätigkeit zum Gegenstande und wurde angenommen. Der andere Antrag betraf die Winterunterstützung der Berliner Armen. Bis vor kurzem erhielten sie alljährlich eine Winterunterstützung von 8 Mk., welche auf Betreiben unserer Genossen im vorigen Jahre auf 10 Mk. erhöht worden war. Jetzt beantragten unsere Genossen eine weitere Erhöhung auf 15 Mk., was für die Stadt Berlin eine Mehrausgabe von etwa 180 000 Mk. bedeutete. Nach längerer Debatte, in welcher ein liberaler Herr den Vorschlag machte, eine Erhöhung nur auf 12,50 Mk. eintreten zu lassen, diesen Vorschlag aber infolge Widerspruch unserer Genossen zurückzog, wurde der Antrag auf Auszahlung von 15 Mk. schließlich angenommen. Eine kleine Weihnachtsfreude für die ärmsten Berliner Bürger.

Die Kohlenbelieferung Groß-Berlins liegt sehr im argen. Im Oktober sind nur 70 Prozent des Bedarfes geliefert worden. Die Lieferung ist also um 30 Prozent zurückgeblieben. Dabei ist nur der Mindestbedarf angenommen. Was nützen dann Kohlenarten, wenn nicht einmal das zuge dachte Quantum geliefert wird. Und was soll erst werden, wenn der Winter voll einsetzt?

Die Einschränkung elektrischer Beleuchtung soll um 20 Prozent erfolgen. Ausführungsbestimmungen für Groß-Berlin werden noch getroffen.

Mit Kartoffelmehl gestrecktes Brot ist vom 5. November ab zur Ausgabe gelangt. Das Schwarzbrot kostet 88 Pf., das Weißbrot 95 Pf. Krankbrot wird nicht gestreckt und kostet noch weiter 95 Pf. Das Gewicht des Brotes beträgt 1950 Gramm, bleibt also unverändert.

Eine Chetragödie ereignete sich dieser Tage in der Exerzierstraße im Norden Berlins. Ein Wehrmann namens Pflugradt war auf Urlaub gekommen und fand seine Frau nicht anwesend. Als sie am frühen Morgen heimkehrte, schlug Pflugradt in großer Erregung mit einem Hammer auf sie ein und ver-

lebte sie lebensgefährlich. Dann stürzte er sich aus dem Fenster und blieb tot liegen, während die Frau in ein Krankenhaus gebracht werden mußte.

In den Tod gegangen sind die im Hause Mathienstr. 3 wohnende Frau Anna Born und Martha Borchert, die zusammen wohnten, und ein 25 Jahre alter Kaufmann Karl Hermann. Alle drei hatten die Nacht durchgezacht und langten in früher Morgenstunde in der Wohnung der Frauen betrunken an. Am andern Tage wurden alle drei tot im Bette liegend aufgefunden. Man fand eine geleerte Flasche mit einer giftigen Flüssigkeit. Es wird gemeinlicher Selbstmord angenommen.

Im Verufe den Tod gefunden haben zwei städtische Arbeiter in Reufölln. Gegenüber der Violeumfabrik in der Zahnstraße waren drei Arbeiter in den Kanalisationsgraben gestiegen, um dort Reparaturen vorzunehmen. Durch giftige Gase wurden alle drei bewußtlos. Zwei konnten nur noch als tote geborgen werden, der dritte wurde ins Leben zurückgerufen.

Einen schweren Verlust haben die Genossen des 5. Kreises zu beklagen. Wilhelm Spaet ist nicht mehr; einer aus der alten Schule, der unermüdet für die sozialistische Ueberzeugung gekämpft hat. Schon unterm Sozialistengesetz stand er seinen Mann; furchtlos und unerschrocken wirkte er im 4. und 5. Kreise. Alle Kleinarbeit nahm unser Freund gern und willig auf sich, sei es als Bezirks- oder als Abteilungsführer, um unserer Sache neue Streiter zuzuführen. Und wie freute er sich, als es durch seine rastlose Mithilfe gelungen war, seinen Freund Robert Schmidt als Abgeordneten durchgebracht zu haben. Aber um so größer war seine Enttäuschung, als im Jahre 1914 bei Kriegsausbruch die neue Politik einsetzte und die von ihm so energisch und opferwillig verkündeten Grundzüge in den Staub getreten wurden. Eine schwere Krankheit warf unsern Freund darnieder. Immer hoffte er, bald wieder mitarbeiten und mit denen Abrechnung halten zu können, die so elendiglich ins bürgerliche Lager abgeschwenkt sind. Es ist ihm nicht vergönnt gewesen. Aber treu ist Wilhelm Spaet seiner Sache und sich selbst geblieben als Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Eine nahezu vierzigjährige Tätigkeit hat unser Freund der proletarischen Sache gewidmet. Es wird ihm unvergessen bleiben. Die Genossen werden seiner ehrend gedenken.

Kreis Niederbarnim. Der Kreis Niederbarnim hat durch den Tod des Genossen Otto Jasske-Lichtenberg einen schweren Verlust erlitten. Jasske war einer jener Genossen, denen kein Opfer zu groß, keine Arbeit zu schwer war, wenn die Partei in Frage kam. Ihm ging die Sache über alles. In der Lichtenberger Organisation seit dem Jahre 1900 als Funktionär tätig, verließ ihn seine Genossen im Jahre 1910 zum 1. Bezirksleiter in Lichtenberg. Hier leistete er durch seine unermüdete Tätigkeit der örtlichen und insfolgedessen auch der Kreisorganisation von Niederbarnim wertvolle Dienste. Die Organisation des Ortes entwickelte sich zusehends in einem Maße wie nie vorher. Jasskes rastloser Tätigkeit ist es mit zu danken, daß auch die innere Geschlossenheit und Schlagfertigkeit sich steigerte. Otto Jasske ging bei der Kleinarbeit der Partei stets mit gutem Beispiel voran. Was er von anderen verlangte, führte er vorbildlich selber aus, ganz gleich, ob es abends nach schwer vollbrachtem Tagewerk als Zimmermann oder ob's Sonntag war. Nach der erfolgten Vereinigung der Orte Lichtenberg und Nummersburg im Jahre 1912 wurde Jasske, der inzwischen wiederum zum Bezirksleiter des nun über 5000 Mitglieder zählenden Wahlvereins berufen war, auch in das Stadtparlament von Lichtenberg gewählt. Auch hier leistete Jasske der arbeitenden Bevölkerung gute Dienste. Wenn auch seine gerade Derbheit öfter Konflikte mit den bürgerlichen Vertretern im Stadtkollegium wie auch auf den Kreis-Konferenzen mit den Genossen hervorrief, so wurde doch von jedermann, auch von den politischen Gegnern, die Lauterkeit seiner Handlungen anerkannt. Die Genossen Lichtenbergs hatten noch große Hoffnungen auf die Tätigkeit Jasskes gesetzt, der von ihnen mit großem Vertrauen bedacht worden war. Nun ist auch er ein Opfer dieses ungeheuren Weltkrieges geworden. Nicht direkt in der Schlacht gefallen, von der er drei Jahre umhert war, sondern nach erfolgter Abkommandierung in einen Kriegsbetrieb zur Herstellung von Pulver ist er einem sich dabei zugezogenen Leiden erlegen. So reißt dieses vermeidlich gewesene Weltengeschehen dauernd Lücken in die Reihen des für seine Befreiung kämpfenden Proletariats.

Nun ruhe aus von deiner Arbeit, Genosse Jasske. Wir werden nicht vergessen, was du dem Sozialismus, der arbeitenden Bevölkerung geleistet hast.

Die Kreisleitung: Oskar Blöke.

Arbeiter-Bildungsschule.

Der Kursus des Genossen Eduard Bernstein muß wegen Verhinderung des Vortragenden am Dienstag, den 13. und 20. November ausfallen. Die Stunden werden später nachgeholt.

Sonntag, den 11. November, abends 8 Uhr, zweiter naturwissenschaftlicher Vortrag. Genossin Käthe Duncker wird die Entwicklungsgeschichte der Tierwelt behandeln.

Sonntag, den 18. November, spricht Genossin Käthe Duncker über das Thema: Die Abstammungslehre und ihre Beweise.

Die Mitglieder der Wahlvereine Groß-Berlins seien erneut darauf aufmerksam gemacht, daß ihnen wie den Kursteilnehmern die Bibliothek der Schule unentgeltlich zur Verfügung steht. Als Legitimation ist Mitgliedsbuch oder Hörerkarte vorzuzeigen.

Zur Stadtverordneten-Wahl in Schöneberg.

Am Sonntag, den 11. November, finden in Schöneberg

Erneuerungswahlen für die Stadtverordnetenversammlung

statt. In Hinblick auf die Vorkommnisse, die zur Spaltung der Partei geführt haben, hat der nun der Unabhängigen Sozialdemokratie angeschlossene Sozialdemokratische Wahlverein Schönebergs beschlossen, in allen Bezirken, wo in der dritten Abteilung der Wähler Wahlen vorzunehmen sind, mit eigenen Kandidaten den Kampf aufzunehmen. Diese Kandidaten und die entsprechenden Wahllokale sind:

3. Wahlbezirk: Eduard Petersen, Graveur; Rest. Hardt, Vorderbergstr. 8.
5. Wahlbezirk: Paul Gollmit, Maurer; Quast, Martin Luther-Str. 45;
6. Wahlbezirk: Eduard Bernstein, Schriftsteller; „Zur Hütte“, Kaiser Friedrich-Str. 18.
7. Wahlbezirk: Eduard Bernstein, Schriftsteller; Wittkopf, Monumentenstr. 33/34.
9. Wahlbezirk: Eduard Bernstein, Schriftsteller; „Goldener Schlüssel“, Kolonnenstr. 8/9.
11. Wahlbezirk: Eduard Bernstein, Schriftsteller; „Zum Bahnschloßchen“, Bahnhofstr. 5.
11. Wahlbezirk: Als Mieter: Friedrich Martens, Schneider; „Zum Bahnschloßchen“, Bahnhofstraße 5.

Um so mehr ist es Pflicht aller treu zu den alten Grundsätzen der Sozialdemokratie haltenden Genossen in Berlin-Schöneberg, durch mündliche Propaganda und durch Mitarbeit am Wahltage ihre ganze Kraft dafür aufzubieten, daß eine möglichst große Stimmenzahl sich auf unsere Kandidaten vereinigt. Die allgemeine Bedeutung der Wahl gerade in jetziger Zeit der Ernährungsmisere braucht nicht erst dargelegt zu werden, im besonderen aber gilt es denen eine Lehre zu erteilen, die dem Wahlverein den Rücken gekehrt und eine Sonderorganisation ins Leben gerufen haben, die unter seinem Namen Werbung treibt. Versäume kein Genosse diese wichtige Parteipflicht, trete jeder am 11. November zum Dienst für unsere große Sache an, und vor allem lasse kein Wähler, der will, daß im Schöneberger Rathaus die Forderungen und Grundsätze der Sozialdemokratie in der alten Festigkeit vertreten werden, am 11. November seine Stimme unbenuzt verfallen! Auf, Genossen, ans Werk! Wahrscheinlich findet in der letzten Woche doch noch eine von uns einberufene Wählerversammlung und die Verteilung eines abgeänderten Flugblattes statt. Wer aber keines davon erreicht, der lasse sich diese Verkündigung zur Aufforderung dienen. Ans Werk, alle unabhängigen Sozialisten Schönebergs!

Aus der Zeit.

Ein Regierungssozialisten-Trio von Zentrumsanaden. Von Zentrumsanaden sollen buratrichlich drei abhängige „Sozialdemokraten“ in das Kölner Stadtparlament als Stadtverordnete einziehen. Danach ist also der Raddelmuddel, wozu schon längst die Spagen piffen, perfekt geworden. Die Ausgewählten sollen sein Herr Sollmann, Redakteur der Rh. Zt. — welcher sich schon öfter um sich selbst gedreht hat —, 2. Kaufmann Ortes, welcher aus allen weissen Blüten Honig saugt und alle Kölner Partei- und Genossenschaftswunden mit Balsam verschmiern muß, 3. Metallarbeiterangestellter August Haas — welcher wohl immer mit dabei, aber sonst keine große Beachtung ist. Alle drei zusammen machen 3. Zt. kräftig in Kartoffelrevolution — früher wollten sie Belgien, russ. Polen und noch anderes in die Tasche stecken. Werden die Kölner Genossen diese geschenkten „Karpfen“ im Kölner Karpfenteich annehmen? Die Leute um Meerfeld, Sollmann u. a. selbstverständlich.

Eine Seltsamkeit. Einen sehr vernünftigen Standpunkt — so schreibt die „Münch. Post“ — der wohlthuend absieht von dem vieler Landwirte, denen der jetzige hohe Kartoffelhöchstpreis noch nicht hoch genug ist, nimmt der landwirtschaftliche Bezirksverein Münchenberg (Oberfranken) ein, der folgenden Aufruf erläßt:

„An die Landwirte! Der unterzeichnete 1. Vorsitzende ersucht die Vereinsmitglieder und sämtliche Landwirte des Bezirkes, in Anbetracht der röhren Karoffelernte und der Notlage vieler Familien, für Kartoffeln nicht den vollen Höchstpreis zu verlangen. Eine Reihe von Landwirten hat das schon zugesichert.“

Und ein Landwirt aus Frankenhäuser bei Hof fährt in einem Brief an die städtischen Kollegien in Hof u. a. aus:

„Der Preis für Frühkartoffeln war zu hoch. Erfreulicherweise werden dieselben von einseitigen Landwirten viel billiger, sogar für 4 Mk. pro Zentner abgegeben — für die Krone immer noch teuer genug. Wir hatten 1916 eine sehr schlechte Ernte. Jedermann war mit dem Preis von 4 Mk. zufrieden, bei der heurigen großartigen Ernte also umso mehr.“

Weiter erklärten Landwirte von Rüggersgrün bei Wunsiedel, sie würden sich der Sünde fürchten, wollten sie 6 Mk. für den Zentner Kartoffeln verlangen. 8 1/2 Mk. sei genug. So denken und sprechen Bauern aus dem Fichtelgebirge, deren Grundsatz ist: „Leben und leben lassen.“

Daß solche Leute sehr reichlich gefüt seien, wird niemand behaupten. Und daß solche einsichtigen Leute viel Nachahmung fänden, ist nicht anzunehmen. Herr Oldenburg von Jauschau wünscht ja noch höhere Preise, dann gibt es reichlich Kartoffeln.

Antrag auf Lohnerhöhung. Eine Anzahl Aktionäre der Gußstahlwerke Witten waren mit dem ihnen zugesagten „Lohn“ nicht zufrieden. Sie sollen nur 27 v. H. Dividende bekommen. Das ist ihnen zu wenig und so beantragten sie in der Generalversammlung eine Zulage. In der Form eines Bonus, in Höhe von 10 Prozent, wollten sie ihr kümmerliches Einkommen — aus dem Ertrage fremder Arbeit — aufbessern. Aber ihre Gewinnaussichten für das nächste Jahr wollten sie damit nicht vermindern. Es wurde beantragt, aus dem Gewinnvortrag nur 150 000 Mk. für den erforderlichen Betrag von 650 000 Mk. zu entnehmen, die noch weiter notwendige 1/2 Million dem für Arbeitersiedlungszwecke vorgesehenen Fonds. Die Verwaltung und der größere Teil der vertretenen Aktien waren gegen die Forderung; jedoch wollte man eine „mäßige“ Erhöhung der Dividende. Damit waren wieder die anderen nicht einverstanden. Daraufhin wurde nach den Vorschlägen der Verwaltung beschlossen. Die Lohnforderer erhoben gegen alle Beschlüsse Protest. Man darf gespannt darauf sein, wie diese „Lohnbewegung“ endet.

Wie für die Vaterlandspartei geworden wird, geht aus einer Mitteilung hervor, die uns aus Joachimsthal bei Gerswalde im Kreise Prenzlau-Angermünde gemeldet wird. Dort geben Präparanden mit Litten von Haus zu Haus um Unterschriften für die Vaterlandspartei zu sammeln. Wo die meisten Männer eingezogen sind, begnügen sich die Sammler mit den Unterschriften der Frauen, die in den meisten Fällen gar nicht wissen, was sie unterschreiben. Interessant ist, daß die Leute der Vaterlandspartei doch sonst den Frauen keine politischen Rechte geben wollen, aber wenn es ihren Zwecken paßt, nehmen sie auch die Unterschriften harmloser Frauen.

Unter den Kuffen der Kriegswohltätigkeit. Der Wirkliche Geheimrat Admiralitätsrat Dr. Jellisch hat eine Schrift unter dem Titel „Neuordnung der Menschenliebe“ veröffentlicht, in der er die während des Krieges übige ins Kraut geschossene Wohlfahrtspflege unter die kritische Lupe nimmt. Herr Dr. Jellisch schreibt u. a.:

Während der Kriegszeit entstanden ganze Vereine nur zu dem Zweck, gewissen Persönlichkeiten, in erster Reihe den Vorstandsmitgliedern oder den Geschäftsführern, ein Wohlleben zu verschaffen oder aber den Eigentümern schwer verkäuflicher Häuser und Grundstücke diese gegen einen hohen Preis abzunehmen, um angeblich vaterländische Anstalten zu errichten. Unerhörte Schiebung und Verschleierungen griffen Platz. Bodenspekulationen unlauterer Art wurden von gutgläubigen Wohltätern prüfungslos gefördert. Einzelne Geschäftsführer erhielten Gehälter bewilligt, deren Höhe nur dann begrifflich ist, wenn man erfährt, daß eine wirkliche Beaufsichtigung der Geschäftsleitung so gut wie gar nicht stattfand. Nicht selten wurden die Taschen des Geschäftsführers oder eines angestellten Schriftleiters dadurch gefüllt, daß eine überflüssige Zeitung oder Zeitschrift gedruckt und aus Vereinsbeiträgen erhalten wurde; es ist sogar vorgekommen, daß auch die Angehörigen des auf diesem Wege Begünstigten erhebliche Einnahmen aus der Zeitung erhielten.“

Von besonders traffen Fällen weiß Herr Dr. Jellisch folgendes mitzuteilen: Ein Vorstand verteilte bei der Auflösung eines Kriegswohlfahrtsvereins 18500 Mark unter seine Mitglieder. Der Geschäftsführer eines anderen Vereins, der sogar seinen Sitz im Herrenhaus hatte, wurde wegen Betrugs und Unreue mit drei Jahren Gefängnis bestraft, nachdem er vor dem Kriege den Offenbarungseid geleistet hatte und trotz seiner vollständigen Mittellosigkeit schon nach wenigen Monaten seiner Amtsführung sich eine Villa für 900 000 Mark hatte kaufen können, die er mit 200 000 Mark für 80 000 Mk. eingekauft hatte.

Petroleum als Findexohn. Das so sehr gesuchte Petroleum kann im reichlichen Maße erhalten, wer glücklicher Findex einer Handtasche ist. In der Bögener Tagespresse ist nämlich folgendes Inserat zu lesen:

50 Mark Belohnung und 100 Liter Petroleum demjenigen, der die auf dem Wege Piesonken — Sulzminnen — Bögen verlorene Handtasche mit allem Inhalt wiederbringt (2 Schlüsselbünde, 450 Mark). Rub. Gauer, Bögen.“

Glücklicher Findex! Es gibt also an manchen Stellen noch reichlich Petroleum; aber man muß eine Handtasche finden.

Redaktionsflug: Jeden Dienstag Abend.

Verantw. Redakteur: E. Reib; Verleger H. Hoffmann; beide Berlin D. 27, Schilderstraße 5.

Druck: Maurer & Dimmig, Berlin, Köpenicker Str. 36-38.